



TRANSPARENZ

Finanzplatz:
Das Schweizer Bankgeheimnis
ist nicht tot. 6

Kryptowährungen:
Mehr als ein Spielzeug für hem-
mungslose Spekulation? 8

Transparenzinitiative:
Wie der Überraschungserfolg im
Kanton Schwyz zustande kam. 24

TRANSPARENZ

- 6 **Zwerge wollen Zwerge bleiben**
- 8 **Transparent oder kryptisch?**
- 12 **Recherchieren, um Missstände aufzudecken**
- 15 **Hebel für mehr Nachhaltigkeit**

DIE SEITEN DER ABS

- 17 **Alles rund um die aktuellen Themen der Alternativen Bank Schweiz**

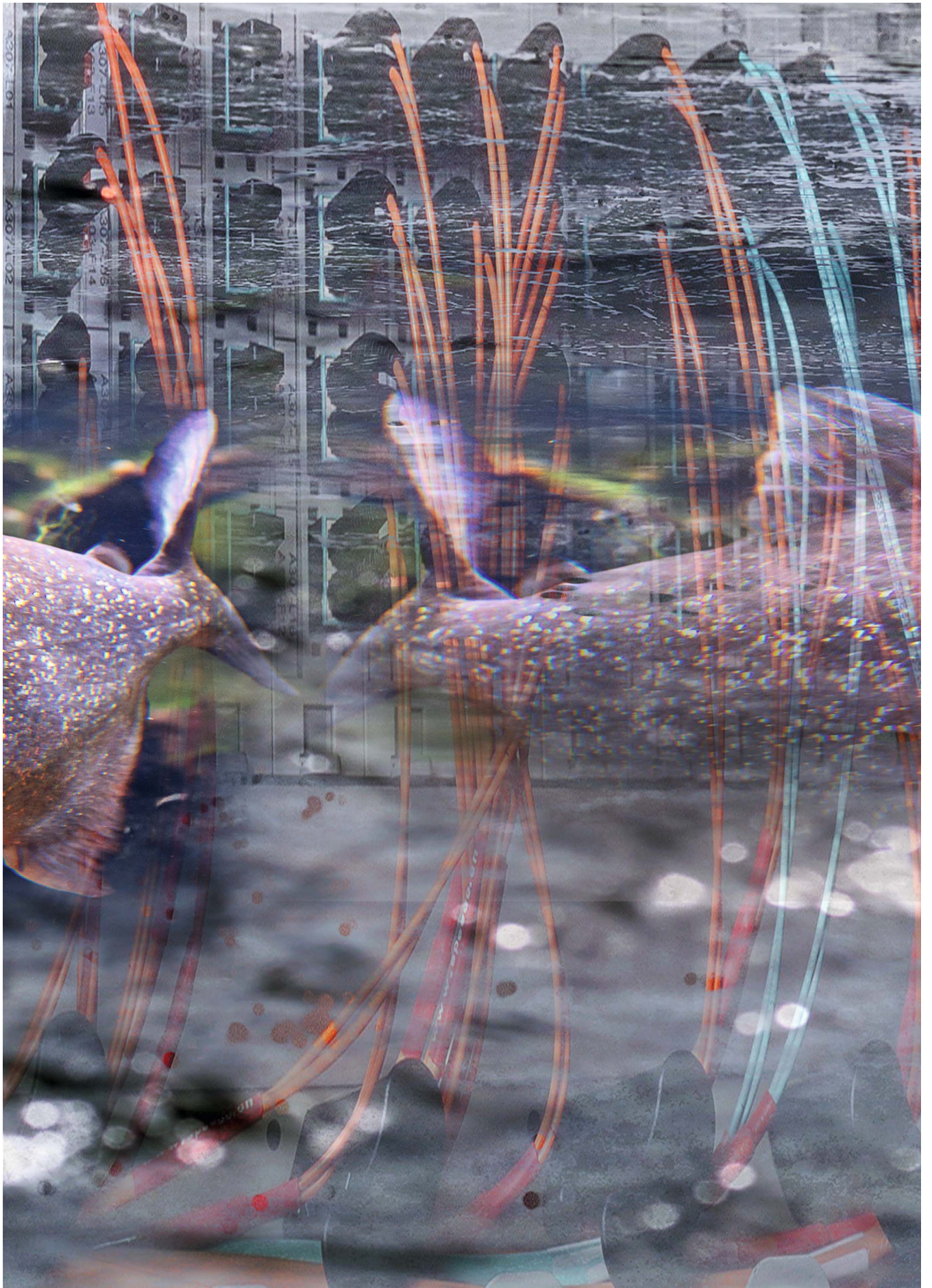
PERSÖNLICH

- 24 **Elias Studer:**
«Geld soll keinen Einfluss auf die Demokratie haben»



«Zum Thema Transparenz habe ich mein Rohmaterial, die fotografische Schicht, durchlässig gemacht. Übersetzt ins digitale Zeitalter, heisst das: verschiedene Ebenen zusammengeführt, maskiert und übereinandergelegt. Die Schichten setzen sich zusammen aus Bildern, die ich in der Sukkulentsammlung, im Botanischen Garten und in meinem Archiv fand. Bei der Bildkonstruktion spielen neben Form und Grösse auch Farbe und Anordnung der Schichten eine Rolle. Das heisst, das Bild braucht eine Dramaturgie, eine Spannung, und gleichzeitig muss es intuitiv «richtig» sein.»

Mirjam Wanner, freischaffende Fotografin und Künstlerin:
www.mirjamwanner.ch



«DAS GEHT DICH NICHTS AN!»



Mit diesem Ausruf reagierte eine Bekannte vor einigen Jahren auf meine Frage, wie viel sie denn mit ihrem Kleinunternehmen verdiene. Ich machte mich damals selbstständig und war interessiert am Erfahrungsaustausch mit anderen Freischaffenden. Obwohl einige Jahre her, habe ich ihren empörten Ausruf nicht vergessen – als Ausdruck dafür, wie schwierig

es manchmal ist, über Geld zu reden. Gerade in der reichen Schweiz. Dabei wäre mehr Klarheit in Gelddingen oft hilfreich, nicht nur bei individuellen Themen wie Lohn, Familienbudget oder Altersvorsorge, sondern vor allem in Bereichen, die gesamtgesellschaftlich relevant sind. Denn Transparenz ist ja nicht ein Wert an sich, sondern ein Konzept, das für mehr Gerechtigkeit sorgen kann. Um gegen ungerechte oder ausbeuterische Verhältnisse angehen zu können, müssen diese in einem ersten Schritt überhaupt sichtbar gemacht werden.

In der vorliegenden moneta beleuchten wir einige Bereiche, in denen mehr Transparenz vonnöten ist, sei es beim Finanzplatz Schweiz, der trotz Abschaffung des Bankgeheimnisses nach wie vor Steuerflucht begünstigt, sei es bei ethisch fragwürdigen oder umweltschädigenden Geschäftsaktivitäten von Konzernen, sei es bei der Parteienfinanzierung in der Schweiz, die auf nationaler Ebene so intransparent ist wie in keinem anderen westeuropäischen Land.

Ich weiss bis heute nicht, wie viel jene Bekannte verdient. Als Kleinunternehmerin ist es auch ihr gutes Recht, das für sich zu behalten. Aber bei Politikerinnen und Politikern, Parteien, Verbänden und bei Firmen, die wegen ihrer Geschäftsfelder öffentliche Interessen tangieren oder wegen ihrer Grösse gar von staatstragender Bedeutung sind, ist es richtig und wichtig, auf Transparenz zu beharren und laut und deutlich zu sagen: «Woher euer Geld kommt, geht alle etwas an!»

Katharina Wehrli, Redaktionsleiterin

moneta Zeitung für Geld und Geist #2-2018

moneta erscheint vierteljährlich in deutscher und französischer Sprache und geht kostenlos an Kundinnen und Kunden der Alternativen Bank Schweiz AG (ABS). Die Wiedergabe von Texten und eigenen Illustrationen ist nur unter Quellenangabe und mit schriftlicher Zustimmung der Redaktion erlaubt **Herausgeberin** Alternative Bank Schweiz AG **Redaktionsleitung** Katharina Wehrli (kw) **Redaktion** Esther Banz (eb), Roland Fischer (rf), Muriel Raemy (mr), Simon Rindlisbacher (sr) **Übersetzung** Nicole Wulf **Inserate** Bruno Bisang **Layout, Illustrationen** Clerici Partner Design, Zürich **Titelbild** Mirjam Wanner **Druck** Ropress Genossenschaft, Zürich **Papier** Cyclus Print, 100 Prozent Recycling **Adresse** Alternative Bank Schweiz AG, moneta, Amthausquai 21, Postfach, 4601 Olten, Telefon 062 206 16 16, moneta@abs.ch **Abonnemente** Jahresabonnement Fr. 20.–, Förderabonnement Fr. 50.– **Auflage dieser Ausgabe** 24 200 Ex. **Beilagen** Werbung und Beilagen, die nicht von der ABS stammen, sind bezahlte Inserate – diese Einnahmen helfen uns, die Produktionskosten des Magazins zu decken. **Wichtiger Hinweis zu den Inseraten und Beilagen** Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

Wenn Sie als Bankkundin/-kunde umziehen, melden Sie uns Ihre neue Adresse bitte schriftlich oder via E-Banking-System.

Greenpeace verlangt mehr Transparenz beim FSC-Label

Greenpeace Schweiz tat es bereits 2017, Greenpeace International zog diesen März nach: Die Umweltorganisation, vor 25 Jahren Gründungsmitglied, erneuert ihre Mitgliedschaft im Forest Stewardship Council (FSC) nicht. Insbesondere in Ländern mit starker Einflussnahme der Wirtschaft auf die Politik sei nicht garantiert, dass FSC-zertifiziertes Holz tatsächlich aus nachhaltiger Forstwirtschaft stamme. Christine Gubelmann-Largo von Greenpeace Schweiz: «FSC ist keine Garantie mehr, dass Holz aus besonders schützenswerten Urwaldgebieten vermieden wird. Gerade das «FSC-Mix»-Label ist eine Mogelpackung. Wir können nicht ein Label unterstützen, das in schützenswerte Urwaldgebiete einholzt.» Dass Greenpeace seinen Ausstieg diskret vollzog, erklärt Gubelmann-Largo so: «FSC ist die einzige demokratisch organisierte und in manchen Regionen funktionierende Zertifizierung in der Waldbewirtschaftung. Deshalb wollen wir das System nicht pauschal verurteilen. Wir fordern aber dringend mehr Transparenz und keine Abholzung in schützenswerten Urwaldgebieten. Wir werden fortan aus einer Position der Unabhängigkeit heraus im Dialog bleiben.» FSC bedauert den Austritt von Greenpeace Schweiz und Greenpeace International. (eb)

Neues aus der Redaktion

In der moneta-Redaktion arbeiten neu Esther Banz und Roland Fischer mit. Esther Banz lebt als freie Journalistin in Zürich. Sie ist spezialisiert auf soziale Themen, hat umfassende Redaktionserfahrung und schreibt heute für verschiedene Publikationen (u.a. WOZ, Migros-Magazin, Greenpeace Magazin). Sie ist interessiert an Menschen und ihrer Arbeit, aber auch an Innovation, Nachhaltigkeit und Umwelt. Roland Fischer ist Journalist und Wissenschaftsvermittler und lebt in Bern. Auch er verfügt über Redaktionserfahrung bei verschiedenen Medien und ist heute freischaffend. Seit seinem Studium als interdisziplinärer Naturwissenschaftler interessiert er sich besonders für Themen, die zwischen den Disziplinen liegen. Wir begrüssen Esther und Roland ganz herzlich in der Redaktion und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Leider verabschieden müssen wir uns von Marcel Hänggi, der nur kurz in der moneta-Redaktion tätig war. Neben verschiedenen beruflichen Projekten und seinem politischen Engagement bleibt ihm nicht genug Zeit, um längerfristig bei moneta mitzuwirken. Wir danken Marcel Hänggi herzlich für den kurzen, engagierten Einsatz und wünschen ihm viel Erfolg mit seiner neu lancierten, eidgenössischen Initiative für eine konsequente Klimapolitik (siehe nebenstehenden Artikel). (kw)



Marcel Hänggi:
Null Gas. Null Öl. Null Kohle.
Wie Klimapolitik
funktioniert. Ein Vorschlag.
Rotpunktverlag 2018.



Artisans de la Transition:
Prädikat klimaschädlich.
Studie zur Anlagepolitik der
Schweizerischen Nationalbank.
Freiburg/Fribourg 2018.

Für einen konsequenten Klimaschutz

moneta-Leserinnen und -Leser kennen den freien Journalisten Marcel Hänggi bereits. Einem grösseren Publikum dürfte der Name auch bald bekannt sein: Der Zürcher Umweltjournalist und Buchautor verlangt mit einer Eidgenössischen Volksinitiative, dass der Bund die Ziele der Pariser Klimaübereinkunft in die Bundesverfassung schreibt und konsequent umsetzt. Die Trägerschaft der neuen Klimainitiative, die noch keinen Namen hat, befindet sich derzeit im Aufbau, den Initiativtext gibt es in einer provisorischen Fassung. Anfang 2019 soll die Unterschriftensammlung beginnen.

Zum Aktivisten wurde der Journalist im Nachgang der Pariser Klimakonferenz: «Als man in Paris vereinbarte, die Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad und wenn möglich auf 1,5 Grad zu begrenzen und die Treibhausgasemissionen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts auf netto null runterzubringen, war ich ziemlich euphorisch», erzählt Hänggi. «Endlich der Durchbruch», habe er gedacht. Bei einem Kurzinterview mit Bundesrätin Doris Leuthard kamen ihm aber erste Zweifel. Auf die Frage, wie der Bundesrat dieses Ziel erreichen wolle, antwortete sie: «Wir wären ja froh, wenn wir mit dem Zwei-Grad-Ziel auf Kurs wären.» Und: «Sie kennen ja unser Parlament...» Ferner: «Die Amerikaner (unter Obama – Anm. der Red.) sind ja auch dabei – denken Sie etwa, die meinen das ernst?» Hänggi schauderte.

Drei Jahre nach Paris sieht er sich in seinen Befürchtungen bestätigt: Die Schweiz hat 2015 das Null-Ziel zwar völkerrechtlich verbindlich unterzeichnet – aber in der aktuellen Klimapolitik scheint der konsequente Ausstieg aus den fossilen Energien weder beim Bundesrat noch im Parlament angekommen zu sein. Auch in einem aktuellen Klimabericht des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) können sich die Autorinnen und Autoren nicht darauf festlegen, ob die Erderwärmung nun «auf maximal 1,5 Grad Celsius» zu beschränken sei, wie es einleitend im Vorwort heisst, oder ob es um «die Einhaltung der 2-Grad-Obergrenze» geht. Auch dass der Bundesrat nach 2030 eine «deutlich weiter gehende Verminderung der Emissionen» anstrebe, zeigt: Das Null-Ziel ist nicht auf dem Radar. «Beim Bafu vermutlich schon», sagt Hänggi, «aber nicht im Bundesrat.»

Im Bericht des Bafu gibt es ein Kapitel zu Investitionen. Und da wird immerhin empfohlen: «Lassen Sie Ihre Geldanlagen nicht mehr in fossile Energieträger fließen!» (eb)

www.mhaenggi.ch/klimainitiative

Druck auf die Nationalbank

Ende April hat die Klima-Allianz Schweiz, zu der über 70 Organisationen gehören, die Schweizerische Nationalbank (SNB) dazu aufgerufen, sich aus ihren Investitionen in fossile Energien zurückzuziehen. Die Klima-Allianz argumentiert mit einem Bericht, den der Verein Artisans de la Transition kürzlich herausgegeben hat. Dieser wiederum beruht auf zwei neuen Studien: Die erste wurde von der internationalen Finanzberatungsfirma ISS-Ethix durchgeführt und zeigt auf, dass 2017 das öffentlich bekannte Anlageportfolio der SNB im Umfang von 92 Milliarden Franken für CO₂-Emissionen von 48,5 Millionen Tonnen verantwortlich war. Dies ist mehr als der gesamte CO₂-Ausstoss der Schweiz im Jahr 2016. 7,4 Milliarden Franken hat die SNB in Unternehmen mit besonders hohem CO₂-Ausstoss investiert. Hätte die Nationalbank diese Mittel desinvestiert und stattdessen in die klimafreundlichsten Unternehmen angelegt, hätte sie die mit ihrem Aktienportfolio verbundenen CO₂-Emissionen halbieren und ihr Finanzergebnis für den Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2017 um 20 Milliarden Franken steigern können.

Die zweite Studie stammt von 2° Investing Initiative. Dieser globale Think-Tank hat ein Instrument entwickelt, mit dem sich messen lässt, inwiefern Finanzanlagen mit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar sind. Gemäss dieser Studie ist der Anteil der SNB-Investitionen in erneuerbare Energien zu klein – er beträgt nämlich nur 11 Prozent ihrer gesamten Investitionen im Energiesektor, während die Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal 2 °C das Doppelte erfordern würde. Bei den SNB-Anlagen im Automobilsektor sieht es gleich aus: 94 Prozent der Investitionen tätigt die Nationalbank im Bereich der Verbrennungsmotoren, während das Zwei-Grad-Szenario eine Reduktion auf 75 Prozent erfordern würde.

Die Nationalbank verwaltet ein Vermögen von 843,3 Milliarden Franken – im Vergleich: Die von den 1700 Schweizer Pensionskassen verwalteten Vorsorgegelder belaufen sich auf 834 Milliarden. Die SNB hat also ein enormes Gewicht, wenn es darum geht, Einfluss auf die Energiewende zu nehmen und den Finanzplatz Schweiz zur Einhaltung des Klimaabkommens von Paris zu bewegen.

Unterzeichnen Sie den Aufruf unter: klima-allianz.ch oder fossil-free.ch. (mr)

www.artisansdelatransition.org/berichte.html

Zwerge wollen Zwerge bleiben

Die meisten Schweizerinnen sind heute wohl überzeugt: Das Bankgeheimnis ist tot. Doch bei genauerem Hinschauen muss man feststellen: Es ist ziemlich lebendig – oder zumindest untot.

Text: Dominik Gross

«The gnomes of Zurich», die «Gnome Zürichs». So nannte 1964 der damalige britische Aussenminister George Brown die Bankiers vom Zürcher Paradeplatz. Das Bild der geldgierigen Zwerge, die in ihren Berghöhlen eifrig Goldmünzen zählten und zur Abwehr von allem und jedem bereit waren, der an ihren Schatz wollte, ging um die Welt. Es prägte das Image der Schweiz im Ausland ebenso sehr wie die Uhren, die Schokolade und der Käse. Im Unterschied zu letzteren beiden ist die Finanzindustrie für die Schweiz allerdings tatsächlich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Entsprechend energisch gehen die Zwerge bis heute zu Werke. Noch 2008 stellte sich der damalige Schweizer Finanzminister Hans-Rudolf Merz ganz und gar in ihre Tradition. Als das Bankgeheimnis auf der Kippe stand, verkündete er im Nationalratssaal mit verbissener Miene an die Adresse der EU und der USA: «An diesem Bankgeheimnis werdet ihr euch noch die Zähne ausbeissen.» Heute muss man sagen: So ganz unrecht hatte er damit nicht.

Seit einem Jahr ist in der Schweiz der automatische Informationsaustausch über Bankkundendaten mit einzelnen Partnerstaaten in Kraft. Er wird gern als Todesstoss für das Bankgeheimnis verkauft. Doch die neuen Regeln und die turbulenten Jahre seit der Finanzkrise von 2008/2009 haben dem Schweizer Vermögensverwaltungsgeschäft nicht geschadet. Hiesige Banken verwalteten 2017 gemäss der Schweizerischen Bankiervereinigung 6650,8 Milliarden Franken Vermögen. Das ist mehr als 2006, im letzten Jahr vor der Finanzkrise: Damals waren es rund 5000 Milliarden. Vor zwölf Jahren kam zwar mehr Geld aus dem Ausland, nämlich 60 Prozent, heute noch 48 Prozent. Doch die Schweiz ist international nach wie vor dick im Geschäft: Aktuell werden ein Viertel aller grenzüberschreitend angelegten Vermögen zwischen Boden- und Genfersee verwaltet. Damit ist die Schweiz immer noch der mit Abstand grösste Offshore-Finanzplatz der Welt.

Das Bankgeheimnis basiert auf zwei Gesetzesartikeln, die von allen Dramen der letzten zehn Jahre bisher unberührt blieben: Artikel 47 des Gesetzes über die Banken und Sparkassen belegt Banken und ihre Mitarbeitenden mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe, wenn sie Kundendaten an unbefugte Dritte weitergeben. Dieser Artikel zerrte Whistleblower wie die ehemaligen Bankmitarbeiter Hervé Falciani und Rudolf Elmer vor Schweizer Gerichte, die – ihre persönlichen Motivationen beiseite – Praktiken der Steuerflucht enthüllten, die

den Interessen demokratischer Gemeinwesen zweifellos widersprechen. Und Artikel 127 des Gesetzes über die direkte Bundessteuer enthält die berühmte und weltweit mittlerweile einzigartige Schweizer Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung (Nichteinreichung von Vermögensbescheinigungen in der Steuererklärung) und Steuerbetrug (Falschangaben über steuerbares Einkommen oder Vermögen). Die ehemalige Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf wollte diese Unterscheidung mit einer Reform des Steuerstrafrechts noch abschaffen. Die Finanzplatzvertreterinnen und -vertreter aus SVP, FDP und CVP haben aber seit 2015 dank ihren satten Mehrheiten im Parlament und im Zusammenspiel mit dem heutigen Finanzminister Ueli Maurer dafür gesorgt, dass diese Herzensangelegenheit der ehemaligen «Blocher-Töterin» heute vom Tisch ist. Vermögende Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz können weiterhin weitgehend unbehelligt ihr Geld vor dem Fiskus verstecken – geschützt durch das Gesetz und unter Mithilfe ihrer hiesigen VermögensverwalterInnen. Das geltende Schweizer Recht schützt also Steuerhinterziehung immer noch weitgehend. Umgekehrt riskieren Leute, die wertvolles Wissen aus der undurchsichtigen Finanzindustrie an die Öffentlichkeit bringen, in diesem Land langjährige Haftstrafen.

Die ärmsten Länder profitieren nicht vom automatischen Informationsaustausch

Aus welchen Ländern die aktuell rund 3000 Milliarden ausländischer Vermögen stammen, die von der Schweiz aus verwaltet werden, und ob sie in ihren Herkunftsländern versteuert werden, geben nach wie vor weder die Banken noch die Schweizer Behörden bekannt. Auch der internationale automatische Informationsaustausch von Bankkundendaten zwischen Steuerbehörden (AIA) hilft hier nur bedingt weiter: Die Schweiz aktiviert ihn bis auf Weiteres nur mit EU-Ländern, einigen wichtigen Finanzplätzen in Asien und aufstrebenden Schwellenländern. Nur dort also, wo gewichtige Eigeninteressen der Schweizer Wirtschaft auf dem Spiel stehen. Ahnungslos bleiben derweil ausgerechnet die Behörden der ärmeren und ärmsten Länder der Welt. Deren Bevölkerungen und Gemeinwesen wären am dringendsten auf öffentliche Gelder für den Aufbau von Infrastrukturen in der Gesundheit, der Bildung oder dem Verkehr angewiesen. Ein Milliardär aus Sambia aber, der sein Geld mit Engagements im Rohstoffsektor verdient, kann es weiterhin unbehelligt vor den schweizerischen und sambischen Behörden in jenen transnationalen Offshore-



Strukturen verstecken, die ihm über den Schweizer Finanzplatz zugänglich sind.

Für alle, die an diesen nicht direkt (Vermögensverwalter, Anwaltskanzleien, Investmentbanken oder Beratungsfirmen) oder im besten Fall indirekt (Schweizer Steuerbehörden) beteiligt sind, bleiben sie fast immer unsichtbar. Das bedeutet, dass Staaten nur im Verbund sicherstellen können, dass Offshore-Gelder flächendeckend versteuert und sinnvoll gesellschaftlich umverteilt werden. Und eben das wäre nötig, wenn man die grassierende weltweite Ungleichheit der Vermögen wirklich bekämpfen wollte, die vielerorts den Erhalt oder den Aufbau demokratischer Gemeinwesen behindert. Es bräuchte nicht nur mehr und gleichberechtigte Informationsflüsse zwischen Staaten, sondern auch öffentlich zugängliche Register, in denen wirtschaftlich Berechtigte von Trusts, Stiftungen und Briefkastenfirmen oder Buchhaltungsdaten globaler Konzerne verzeichnet sind. Erst diese würden wirkliche Transparenz ins Finanzsystem bringen – vor allem im globalen Süden, aber auch anderswo kritischen Bürgerinnen, Journalisten oder Nichtregierungsorganisationen ermöglichen, ihre Eliten auf politischer Ebene zu mehr Verantwortung gegenüber ihren Gemeinwesen zu verpflichten; unabhängig vom Wissen und von der Praxis teilweise befängener, korrupter oder schlicht überforderter Behörden.

Die Kapitalverschleierungsstrukturen im Offshore-System sind also längst transnational organisiert. Dieser Umstand befreit aber einzelne Länder mit einer starken Finanzindustrie nicht von ihrer besonderen Verantwortung, die sie für die Weltgesellschaft tragen. Heute ist das Finanzsystem marode und voller rechtsfreier Räume: Der Washingtoner Think-Tank Global Financial Integrity (GFI) schätzt, dass im Jahr 2014 auf Offshore-Wegen allein aus Entwicklungs- und Schwellenländern eine Billion Dollar in Form von sogenannten unlauteren Finanzflüssen abgeflossen ist. Dazu zählt GFI Gelder aus Korruption, Geldwäscherei, Steuerbetrug und Steuervermeidung von reichen Privatpersonen und Firmen. Zum Vergleich: Die gesamte weltweite Entwicklungszusammenarbeit hat aktuell ein Volumen von etwa 160 Milliarden Dollar pro Jahr. Für die Finanzierung der neuen Nachhaltigkeitsziele in der Agenda 2030 der Uno bräuchte es weltweit 5000 bis 7000 Milliarden jährlich, also etwa genauso viel, wie an Vermögen auf Schweizer Banken liegt.

Schweizer Finanzplatz trägt grosse Mitverantwortung

Der Schaden, den das Offshore-System der Weltgesellschaft zufügt, ist also gigantisch. Das Wissen über dieses ist gleichzeitig selbst eine Frage des Geldes: Interessieren sich Bürgerinnen, Journalisten, NGOs und andere Repräsentantinnen der Zivilgesellschaft dafür, wie die Geldflüsse im System verlaufen, zahlt man bei einem Finanzinformationsdienst wie Moody's oder Thomson Reuters gern mal 200 000 Franken für ein Jahresaboder entsprechenden Datenbanken. Dabei wäre wirkliche Transparenz hier essenziell. Denn wo es in Form von Steuereinnahmen kein Geld zu verteilen gibt, gibt es für Stimmberechtigte und Parlamente auch kaum mehr etwas zu entscheiden. Die demokratische Öffentlichkeit hätte also eigentlich ein Recht darauf, zu erfahren, wer wie viel auf das Konto der Demokratie einbezahlt.

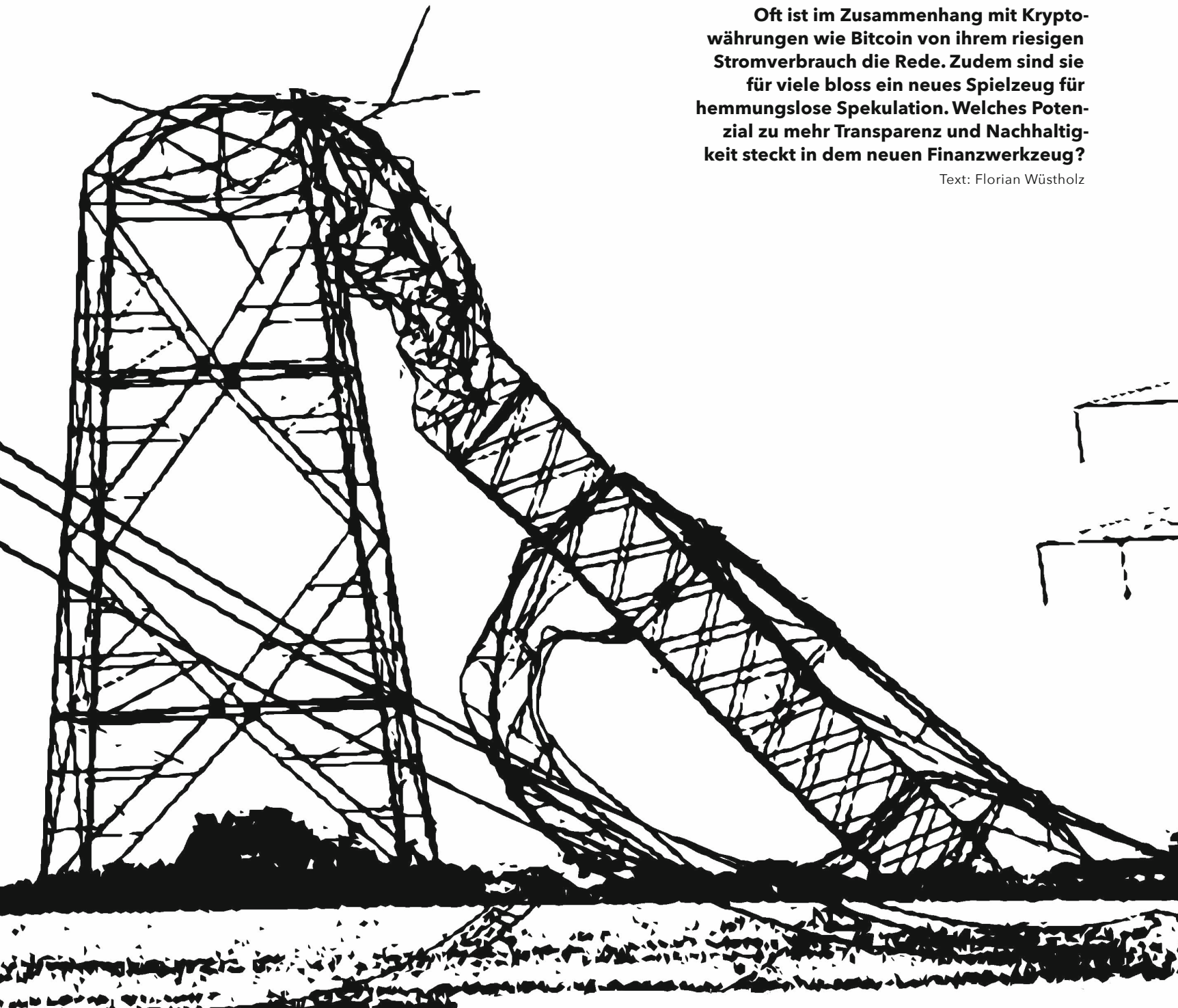
Obwohl der Schweizer Finanz- und Konzernplatz für diese globalen Ungleichheitsverhältnisse und das eklatante Demokratiedefizit, das die Offshore-Industrie produziert, eine entscheidende Mitverantwortung trägt, kümmert das in der Schweizer Politik nur wenige. Von rechts bis weit in die Mitte macht man sich gern kleiner, als man ist, und spielt die internationale Rolle des mächtigen Schweizer Finanz- und Handelsplatzes herunter. Es wird ein neutraler Kleinstaat inszeniert, der nicht nur in der globalen Geo-, sondern eben auch in der internationalen Finanz- und Steuerpolitik eine unbedeutende Mitläuferrolle spiele. Als Zwerg müsse man vor allem schauen, wo man im globalen Konzert der Riesen bleibe, sagen einem die Gnome gern. Das aber ist ein Märchen von Zwergen für Zwerge beziehungsweise ein Vorurteil eines ehemaligen britischen Aussenministers. Will die Schweiz zukünftig einer nachhaltigen sozialen und ökologischen Entwicklung der Welt nicht mehr im Weg stehen, kommt sie um einen finanz- und steuerpolitischen Paradigmenwechsel nicht mehr herum.

Dominik Gross ist Wirtschaftshistoriker und arbeitet als Verantwortlicher für internationale Steuer- und Finanzpolitik bei Alliance Sud.

Transparent oder kryptisch?

Oft ist im Zusammenhang mit Kryptowährungen wie Bitcoin von ihrem riesigen Stromverbrauch die Rede. Zudem sind sie für viele bloss ein neues Spielzeug für hemmungslose Spekulation. Welches Potenzial zu mehr Transparenz und Nachhaltigkeit steckt in dem neuen Finanzwerkzeug?

Text: Florian Wüstholtz



Kryptowährungen und das Prinzip der Blockchain sind derzeit in aller Munde. Was steckt hinter dem Hype? Die Meinungen gehen weit auseinander: vom neuen Spielfeld für freien Markt und ungehemmter Spekulation zum Heilsbringer, dank dem es gelingt, die entscheidenden Schwächen des Finanzsystems zu überwinden. Unterstützen oder unterbinden? Die grossen Player und die Behörden sind noch ziemlich ratlos. Was die Betreiber freut – denn die bewusste Ansiedlung in einem rechtlichen Vakuum ist zentraler Teil der Kryptowährungsphilosophie. Kein Staat und keine Gesetze sollen das dezentralisierte Geld einschränken; so war die Idee von Anfang an konzipiert. Was aber natürlich zur Folge hatte, dass der Stern von Bitcoin und Konsorten in unmittelbarer Nähe von Schwarzmärkten, Geldwäscherei und dem Handel mit illegalen Gütern aufging. Wie soll so ein System einen Beitrag zu einer lebenswerten und gerechten Welt leisten?

Wie digitales Bargeld

Bitcoin wurde nicht von Gaunern erfunden – die Alternativwährung war ursprünglich als unabhängiges digitales Geld für Mikrotransaktionen gedacht. Das Ziel: eine unkomplizierte, schnelle, günstige und sichere Geldabwicklung ohne zentrale Kontrollinstanz. Um dies zu erreichen, wurde auf Dezentralisierung, Transparenz und Kryptografie gesetzt – und damit auf eine komplexe und für Laien schwer nachvollziehbare Funktionsweise.

Versuchen wir es trotzdem: Möchte Anna 3 Bitcoins an Jonas überweisen, teilt sie dies dem Netzwerk anhand einer von ihr signierten Nachricht mit. Jeder Knotenpunkt überprüft dann anhand der öffentlichen Blockchain – eine Art dezentralisierte Buchhaltung –, ob Anna tatsächlich so viel Geld besitzt. Ist alles korrekt, kann die Transaktion an die Blockchain «angefügt» und ausgeführt werden. Wie bei einer Kette hängen bei der Blockchain einzelne Blöcke – beschrieben mit den Transaktionen der letzten paar Minuten – aneinander. Jeder Block baut dabei kryptografisch auf dem vorigen auf. Dies verhindert die nachträgliche Manipulation der Blockchain. Möchte jemand eine schon verbuchte Transaktion ändern, müsste die gesamte Kette umgeschrieben werden.

Zwischen Transparenz und Anonymität

Eine Besonderheit der Blockchain ist ihre komplette Durchsichtigkeit: Jede Transaktion ist öffentlich einsehbar. Dies ist für das Funktionieren einer Kryptowährung essenziell, denn das nötige Vertrauen entsteht nicht durch eine zentrale Instanz, die absolute Verlässlichkeit vermittelt. Stattdessen muss das Vertrauen sozusagen auf alle verteilt werden. Selbstverständlich erlaubt die lückenlose Transparenz auch, sämtliche Geldflüsse im Netzwerk nachzuvollziehen. So ist jederzeit für alle ersichtlich, wer an welche Adresse wie viel Geld überwies.

Was nach einer kompletten Revolution des Finanzsystems aussieht, ist es allerdings nur zur Hälfte. Denn die Nutzerinnen und Nutzer von Kryptowährungen blei-

Viel Arbeit für wenig Ertrag

Die bekannteste Schattenseite von Kryptowährungen ist der enorme Ressourcenverschleiss. Denn bei Bitcoin wird aus Strom Geld gemacht. Hunderttausende Rechner laufen Tag und Nacht auf Hochtouren, angetrieben von günstigem und dreckigem Kohlestrom in der inneren Mongolei zum Beispiel, gekühlt mit absurd grossen Ventilatoren.

60 TWh Strom verpufft allein das Netzwerk von Bitcoin pro Jahr, wird geschätzt. Das ist etwa gleich viel, wie die ganze Schweiz verkonsumiert. Der Stromverbrauch steht selbstredend in keinem Verhältnis zur erbrachten Leistung: Gerade einmal 100 Millionen Transaktionen verarbeitete Bitcoin im Jahr 2017. Das schafft das Kreditkartenunternehmen Visa allein in weniger als einem Tag. Dieser immense Ressourcen-hunger ist nicht etwa eine Designschwäche, sondern Teil des Konzepts:

Die «Proof-of-Work»-Methode sorgt bei Bitcoin und den meisten anderen Kryptowährungen für die nötige Sicherheit. Um zu verhindern, dass die Blockchain nachträglich manipuliert wird, lösen sogenannte Miner – spezialisierte Rechner – permanent ein arbeitsintensives kryptografisches Problem. Nur wer als Erste die Lösung findet, darf den nächsten Block an die Blockchain hängen – und eine stattliche Belohnung einheimsen. Die Richtigkeit der Blockchain – und damit die Transaktionen, auf die sich das gesamte Netzwerk einigt – wird also durch Rechenleistung gesichert. Wer auch nur eine einzige Transaktion fälschen möchte, müsste über längere Zeit mehr Arbeit ins System stecken als die restlichen Miner. Das ist weder technisch plausibel noch finanziell lukrativ. Und je besser die Miner werden, desto schwieriger

werden die zu lösenden Probleme – das Wettrennen ist tief in den Bitcoin-Code eingeschrieben.

Bei den meisten Kryptowährungen herrschen also die ausbeuterischen Regeln des radikalen Marktkapitalismus; von Nachhaltigkeit ist in einem solchen System natürlich keine Spur. Solange sich das Schürfen finanziell lohnt, wird auch der Stromverbrauch des Netzwerks nicht sinken, im Gegenteil. Alternative Kryptowährungen wie Faircoin möchten dies ändern. Dort wird das Vertrauen auf andere Art hergestellt: Statt hemmungsloser Konkurrenz setzt Faircoin auf die Kooperation eines basisdemokratisch organisierten Netzwerks von Rechnern. Die einzelnen Knotenpunkte arbeiten jeweils bei der Verifizierung zusammen. Nur wenn alle kooperieren, wird der nächste Block an die Blockchain gehängt.



Für umweltbewusste
und faire
EigentümerInnen

Die Alternative zum Hauseigen- tümerversband

**Jetzt
beitreten**

www.hausverein.ch
031 311 50 55

• *fairsicherungsberatung*[®] *broker der nachhaltigen wirtschaft*

- Ihre unabhängige Beratungsstelle in allen Versicherungs- und Vorsorgefragen.
- Soziale, ethische, ökologische und ökonomische Werte stehen bei uns im Vordergrund.
- Seit 1990 sind wir erfolgreich auf dem Markt. Profitieren Sie von unserer Erfahrung!



fairsicherungsberatung[®], Holzikofenweg 22, 3001 Bern
Tel. 031 378 10 10 • fair@fairsicherung.ch • www.fairsicherung.ch

Crowdfunding à la
RON ORP ✨

GENUG GEREDET!



Finanziere dein Projekt auf 100-Days.net

ben im Schutz der digitalen Anonymität: Sie lassen sich in der realen Welt nicht ohne Weiteres identifizieren. Das scheint paradox. Bitcoin ist transparent und gleichzeitig sehr anonym, was eine Grundprämisse vieler digitaler Initiativen widerspiegelt: Die Möglichkeit staatlicher Überwachung soll eingeschränkt und die Identitäten im Netzwerk sollen geheim gehalten werden. Dass die Anonymität dazu verlockt, mit Kryptowährungen online illegale Güter einzukaufen, versteht sich – und auch Betrug, Geldwäsche oder Steuerhinterziehung lassen sich mit diesen Währungen abwickeln. Dabei geht jedoch vergessen, dass die Transaktionen selbst zwar anonym sind, das weitere Verhalten im Internet sich mit entsprechendem Aufwand jedoch durchaus rückverfolgen lässt. Überhaupt: Der Vergleich mit Bargeld zeigt, dass die grosse Angst vor Missbrauch irreführend ist – bestehen, dieselben Möglichkeiten doch bereits heute. Auch bei Bargeld gibt es eine grosse Anonymität und wenig Möglichkeit, einmal Verlorenes, zu viel Bezahltes oder Gestohlenes zurückzuholen. Die Anonymität eines Zahlungsmittels dürfe also nicht als Totschlagargument dienen, meinte die Journalistin Maria Bustillos bereits 2013 im «New Yorker»: «Bargeld ist anonym. Es wird ebenfalls zur Geldwäsche und für illegale Transaktionen verwendet.» Deswegen wird Bargeld aber nicht prinzipiell verteufelt.

Nachhaltigkeit dank Dezentralisierung

Auch wenn die Transparenz von Kryptowährungen noch verbesserungswürdig ist, gibt es neben den dunklen Stellen auch echte Lichtblicke. Das Prinzip der dezentralisierten Buchhaltung bringt die Rückverfolgbarkeit von Transaktionen und gibt die Informationshoheit an die Benutzerinnen und Benutzer zurück. So werden die Geldflüsse nicht unzugänglich auf den Servern von Banken gespeichert, sondern sind öffentlich. Das ermöglicht die unabhängige Analyse und Suche nach Geldwäsche oder Steuerhinterziehung. Dank der Unveränderbarkeit der Blockchain ist es zudem nicht möglich, Transaktionen im Nachhinein unter den Teppich zu kehren oder zu manipulieren. Wobei es da schon wieder ein Aber gibt: Es sind bereits verschiedene Tools aufgetaucht, die das eigene Verhalten verschleiern sollen. Es wird also internationale Regulierungen brauchen, damit Kryptowährungen nicht missbraucht werden.

Darüber hinaus liegt in der Dezentralisierung die Grundlage, den Austausch vieler Dienstleistungen und Güter effizienter und ressourcenschonender zu gestalten, weshalb die Blockchain auch bei den Vereinten Nationen auf dem Radar ist. Die Blockchain könnte beispielsweise die Lenkung und Nachhaltigkeit von gemeinsamen Aktionen gegen den Klimawandel verbessern – für vielversprechend hält man das besonders beim Handel mit sauberer Energie. Ein auf der Blockchain aufbauendes Netzwerk könnte zum Beispiel Solarstrom-Produzenten direkt mit Konsumentinnen und Konsumenten verbinden und dadurch den Austausch von Strom und Geld sicher, effizient und ohne Zwischenschritte gestalten.

Florian Wüstholtz ist freier Journalist und schreibt über Zukunftstechnologien, alternative Gesellschaftsmodelle und die kleinen Geschichten des Lebens.

Kommentar der ABS

Kryptowährungen für eine bessere Welt?

Was hält eigentlich die ABS von Kryptowährungen wie Bitcoin oder Ethereum? Unsere Antwort auf diese Frage ist momentan nicht sehr spektakulär: Wir beobachten und lernen. Eine abschliessende Position zu beziehen, ist – zumindest zum jetzigen Zeitpunkt – nicht möglich. Aus unserer Sicht sind Kryptowährungen für sich betrachtet nicht einfach gut oder schlecht. Sie sind ein digitales Instrument, das auf der Blockchain-Technologie basiert und unterschiedlich genutzt werden kann. Für uns als sozial-ökologische Bank ist die zentrale Frage, ob man dieses Instrument so einsetzen kann, dass es das Finanzwesen und die Wirtschaft weltverträglicher macht. Wenn Kryptowährungen für illegale Machenschaften eingesetzt werden, weil sie nicht reguliert und anonym sind, ist das sicher nicht der Fall. Genauso wenig, wie wenn Spekulantinnen und Spekulanten in der Hoffnung auf eine grosse Rendite in Kryptowährungen investieren. Denn solche Investitionen sind nicht nur einer der Gründe, weshalb gewisse Kryptowährungen enorm viel Strom verbrauchen, sie tragen auch dazu bei, dass ihr Wert stark schwankt. Mehr Stabilität wäre aber nötig, um Kryptowährungen zu einem brauchbaren Zahlungsmittel zu machen. Und als solches könnten sie durchaus dazu beitragen, dass die Welt sozialer und ökologischer wird. Zum Beispiel, wenn sie Migrantinnen und Migranten die Möglichkeit geben, preiswert Geld in ihre Heimat zu überweisen. Oder wenn Kryptowährungen für Menschen ohne Zugang zum traditionellen Bankensystem zur Ersatzbank werden, mit der sie Zahlungen einfach und günstig abwickeln können. Alles, was diese Menschen dazu bräuchten, wären ein Smartphone und ein Internetzugang. Schliesslich könnten Kryptowährungen aber auch als Zahlungsmittel verschiedene Genossenschaften weltweit verbinden, quasi wie Regiogeld, einfach weltumspannend. So würden sie zum Schmiermittel einer anderen, solidarischen Wirtschaft. Kryptowährungen bergen also durchaus viele Chancen und könnten der Motor für Visionen sein, die nahe bei dem sind, was wir als Bank auch anstreben. Was die Güterabwägung zurzeit schwierig macht, ist, dass die negativen Seiten von Kryptowährungen bereits bekannt sind. Wie gross die positiven Auswirkungen sind, muss sich hingegen erst noch zeigen. Ganz nach dem Vorsorgeprinzip, das wir in unseren Anlage- und Kreditrichtlinien festgelegt haben, halten wir uns daher vorerst zurück und empfehlen diese Haltung auch unseren ethisch bedachten Kundinnen und Kunden.

Recherchieren, um Missstände aufzudecken

Die Journalistin Alice Kohli wechselte vor drei Jahren von der Tageszeitung NZZ zur NGO Public Eye. Ihre Recherchen sind brisant und anspruchsvoll. Und sie zeigen Wirkung.

Text: Esther Banz

Transparenz herstellen kann heikel sein. Das weiss Alice Kohli nicht erst, seit sie bei Public Eye arbeitet. Die 36-jährige recherchierte und schrieb davor während rund zehn Jahren bei verschiedenen Medien, unter anderem der WOZ und der NZZ. Aber dass wegen einer von ihr geleiteten Enthüllungsforschung eine mehrköpfige Delegation des Schweizer Pharmaunternehmens Roche nach Ägypten reisen würde, um sich eine krebskranke Frau vorzuknöpfen, damit hatte sie nicht gerechnet. Die Physikerin und Journalistin sagt: «Ich starb tausend Tode, als ich erfuhr, dass sie diese Frau, die uns ihre Leidensgeschichte erzählt hatte, aufsuchten.»

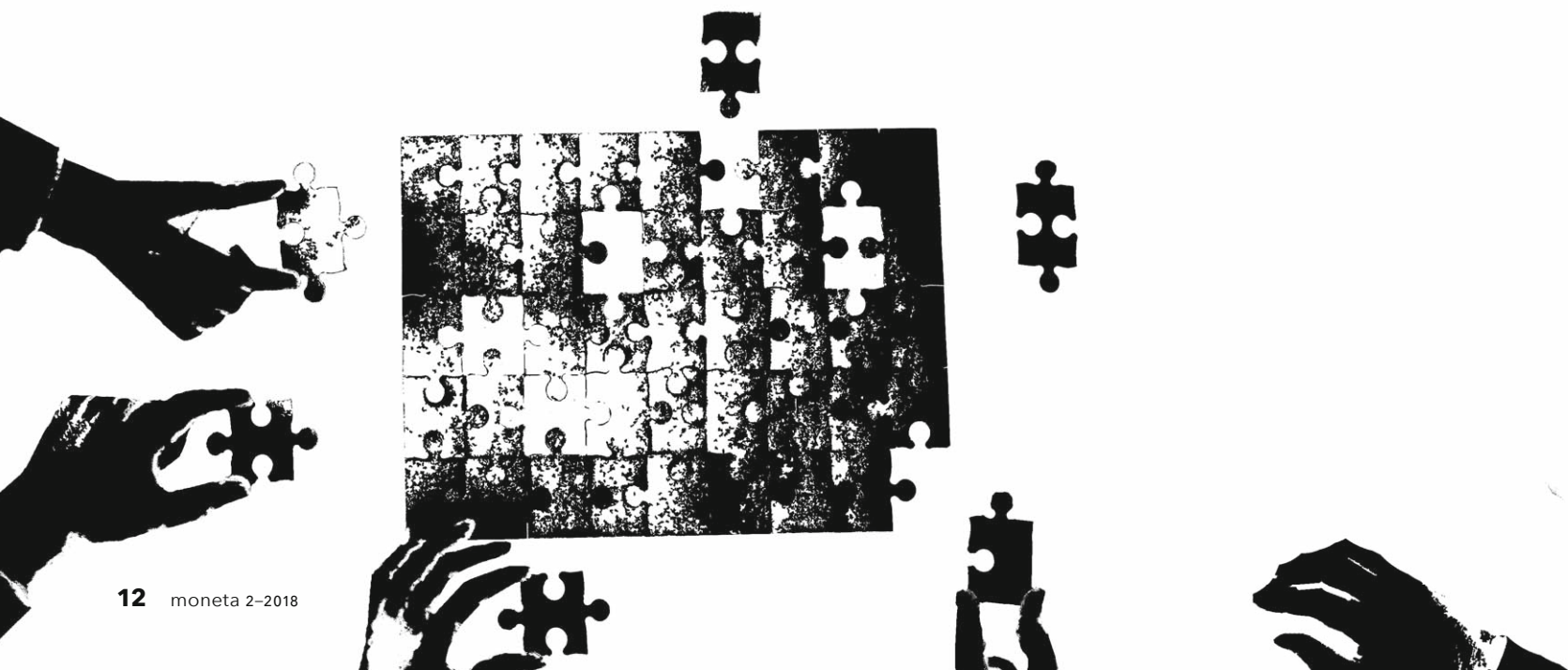
Gericht gibt Public Eye recht

Was war passiert? Der Basler Pharmagigant Roche führte in Ägypten klinische Tests für ein Brustkrebsmedikament durch. Solche Tests von Schweizer Pharmaunternehmen in Entwicklungsländern hat Public Eye im Fokus. Das Auslagern habe grosse Vorteile, erklärt Kohli: «Erstens sind die Versuche an Menschen in diesen Ländern viel günstiger durchzuführen, zweitens sind die Gesetze lasch. Sowieso ist das ganze Umfeld, in dem diese klinischen Versuche stattfinden, extrem intransparent, man kann es sich deshalb leisten, munter gegen ethische Richtlinien zu verstossen.»

Public Eye engagierte eine ägyptische Journalistin, um Teilnehmerinnen des klinischen Tests zu finden. Eine Mathematiklehrerin war bereit, zu erzählen. Wie viele in ihrem Land hat sie keine Krankenversicherung, der kostenlose Test schien die einzige Möglichkeit für eine effektive Behandlung zu sein. Aber die Prozedur war qualvoll. Davon erzählte sie der ägyptischen Journalistin. Die Schilderungen waren 2016 Teil eines 60-seitigen Hintergrundberichts von Public Eye; im eigenen Magazin «erklärung!» fasste die NGO (damals noch unter dem Namen Erklärung von Bern) die Geschichte kurz zusammen, mit Vornamen und Bild der Frau. Niemand dachte, dass das für diese ein Nachspiel haben könnte – aber dann reiste die erwähnte Delegation nach Ägypten und liess die eingeschüchterte Frau eine Vollmacht unterzeichnen. Ein Anwalt erwirkte in der Schweiz ein superprovisorisches Gerichtsurteil, in dem Public Eye Persönlichkeitsverletzung an der Frau vorgeworfen wurde. Die Schweizer NGO entfernte den Namen der Frau und anonymisierte nachträglich ihre Bilder. Später erhielt Public Eye vor Gericht recht, aber man kann sich fragen: Warum wurde die Identität der Frau nicht ohnehin komplett anonymisiert, zu ihrem Schutz? «Wir haben uns gefreut, als sie einwilligte, sich fotografieren zu lassen. Und im Text haben wir ja nur ihren Vornamen genannt, wie bei den anderen Betroffenen auch», erklärt Alice Kohli.

NGO ermöglicht vertiefte Recherche

Public Eye will Politik und Öffentlichkeit mit Recherchen für ethische und menschenrechtliche Probleme sensibilisieren und Veränderungen erwirken. Die NGO verlangt unter anderem mehr Transparenz von den Kon-



zernen – was freilich nicht in deren Interesse ist. Deshalb ist das Recherchieren riskant – nicht nur für Public Eye, sondern vor allem auch für jene Menschen, die dereinst von den Verbesserungen profitieren sollen. Alice Kohli: «Wir brauchen diese Leute, um überhaupt zu erfahren und aufzudecken, was Sache ist. Wir müssen herausfinden und für die Öffentlichkeit transparent machen, wie schlimm die Bedingungen sind, zum Beispiel in Kleiderfabriken.»

Alice Kohli ist eine hartnäckige Rechercheurin. Das journalistische Handwerk lernte die Physikerin in der Medienausbildung in Luzern und Hamburg. Bei der NZZ lernte sie Datenjournalismus – er ist heute ihre Spezialität. Sie weiss, in welchen Datenbanken sie welche Zahlen und Zusammenhänge herausfiltern kann – und auch, wie. «Zu Beginn meiner journalistischen Laufbahn wollte ich vor allem schön schreiben können. Aber der Ästhetik-Battle und dann zu sehen, wie elegant verfasste Reportagen in einem vermeintlich unabhängigen Magazin durchgesponsert sind: Das fand ich mit der Zeit alles nicht mehr so attraktiv. Es zog mich mehr zur Recherche.» So vieles liege brach, werde nicht ergründet. «Das sehe ich jetzt, seit ich bei Public Eye bin, noch viel deutlicher. Die Journis bei den Zeitungen müssen sich mit Jahreszahlen und Berichterstattungen rumschlagen, nur wenige können in die Tiefe gehen.»

Ist das noch Journalismus?

Kohli sieht sich selber nach wie vor als Journalistin, auch wenn ihr Arbeitgeber jetzt eine gemeinnützige Non-Profit-Organisation ist. Die Arbeit und das Ziel würden ja gleich bleiben, sagt sie: «Recherchieren, aufdecken, Transparenz schaffen. Als Journalistin ist es meine Motivation, etwas zu bewirken.»

Im Journalismus gibt es vermehrt Auseinandersetzungen zur Frage, was und wer noch unabhängig sei, also glaubwürdig – und es geht dabei immer auch um Transparenz. Ist eine Zeitung unabhängig, die einem Politiker gehört? Oder eine, die von einem einzelnen Unternehmen finanziert wird (wie beispielsweise moneta)? Waren es die Zeitungen, die sich über Werbung finanzieren, überhaupt je? Ferner eben: Darf sich eine Journalistin, die im Auftrag einer NGO arbeitet, noch Journalistin nennen? Und eine Freischaffende, die von einer NGO bezahlt recherchiert, soll sie ihre Ergebnisse zusätzlich in Zeitungen verwerthen können, als Journalismus deklariert?

Letzteres war bei der Pharma-Geschichte der Fall. Die ägyptische Journalistin, die im Auftrag von Public Eye Teilnehmerinnen des klinischen Tests suchte und interviewte, publizierte ihre Rechercheergebnisse auch in lokalen Zeitungen. Public Eye sieht darin kein Problem, auch Alice Kohli nicht. Sie argumentiert: «Wir gehen ja allem sehr genau nach und eben mit viel mehr Zeit und Aufwand, als dies bei einer Zeitung möglich wäre. Die Ergebnisse werden intern mehrfach überprüft. So müssen wir arbeiten, denn am Schluss treibst du mit der Kampagne eine Sau durch die Gasse. Wenn da die Fakten nicht zu hundert Prozent stimmen, kannst du zusammenpacken.»

Genauigkeit ist auch im Journalismus zentral. Dasselbe gilt für die Verantwortung, die man den Informantinnen und Protagonisten gegenüber hat. Manchmal muss man sie vor ihrem eigenen Mut, öffentlich auszu packen, warnen und sie angemessen schützen. In heiklen Fällen anonymisiert man diese Personen. «Das haben wir schon immer so gehandhabt», sagt Alice Kohli, «es gilt, die Konsequenzen abzuwägen. Im Zweifel geht der Schutz der Protagonistin oder des Protagonisten stets vor.»

Auch Unangenehmes transparent machen

Hatte man also im Fall der ägyptischen Protagonistin die mögliche Reaktion des Schweizer Pharmakonzerns falsch eingeschätzt? «Wie sie vorgegangen sind, ist beispiellos», sagt Alice Kohli. Public Eye entschied sich, diese unangenehme Geschichte zu erzählen, im eigenen Magazin – also auch das transparent zu machen, worauf man nicht stolz ist. Das verdient Respekt.

Die Kampagne von Public Eye zeigt inzwischen Wirkung: Das ägyptische Parlament diskutiert die gesetzliche Regulierung klinischer Tests – nicht nur wegen Public Eye respektive der Arbeit von Alice Kohli und ihren Kolleginnen und Kollegen, aber auch.

Ende. Nein, nicht ganz. Dieser Text hat eine Vorgeschichte. Die erste Fassung streifte die heiklen Fragen nur. Ein Unwohlsein der Schreibenden war spürbar – aber ihre Meinung von Alice Kohli und Public Eye ist hoch. Sie entschied sich daher, aufs Positive zu fokussieren und die unangenehmen Fragen zu umschiffen. Eine gute Redaktion erkennt so etwas natürlich. Jetzt lesen Sie die zweite Fassung. Sie ist nicht von jedem Unbehagen befreit – es gäbe noch mehr zu schreiben und zu fragen. Gern wüsste man etwa, ob der klinische Test der krebserkrankten Frau helfen konnte.

50 Jahre

Als Public Eye Alice Kohli vor drei Jahren anstellte, war das ein weiterer Schritt in der Professionalisierung und Spezialisierung auf das, was die 1968 gegründete Schweizer NGO schon lange auszeichnet: das Aufdecken von Missständen in klar definierten, politisch relevanten Themen im Kontext der Globalisierung – und das journalistische Erzählen dieser Geschichten. Ganz in diesem Sinne schenkt die ehemalige «Erklärung von Bern» sich und der Öffentlichkeit im 50. Jahr ihres Bestehens zwei von einer Jury ausgewählte und durch Crowdfunding ermöglichte grosse Recherche-Geschichten. Das Sammelziel wurde innert kurzer Zeit doppelt erreicht, was für den Mediensprecher Oliver Classen zeigt: «Immer mehr Menschen sehen die Notwendigkeit investigativer Arbeit – ob sie nun eine Zeitung oder eine NGO wie Public Eye macht.»

www.publiceye.ch

PERMAKULTUR

ERTRAGREICHE LANDWIRTSCHAFT ODER UTOPIE?

SPÄTESTENS SEIT DEM FILM 'TOMORROW'* HAT PERMAKULTUR BEI VIELEN MENSCHEN INTERESSE GEWECKT. DAS POTENZIAL DER PERMAKULTURELLEN METHODIK IN DER KOMMERZIELLEN LANDWIRTSCHAFT BELEUCHTET EIN GESPRÄCH MIT **MARCUS PAN**, PERMAKULTUR BERATER, DIPL. PERMAKULTUR DESIGNER UND LEITER DER **down to earth AKADEMIE FÜR PERMAKULTUR GESTALTUNG**.

Herr Pan, was versteht man unter dem Begriff Permakultur?

Permakultur ist eine Landwirtschaftsform, die noch vorausschauender ist, als der ökologische Landwirtschaftsanbau. Das Zusammenleben von Menschen, Tieren und Pflanzen wird so kombiniert, dass dieses zeitlich unbegrenzt funktioniert und die Bedürfnisse aller so weit wie möglich erfüllt. Ziel der permakulturellen Gestaltung ist, das selbstregulierende System der Natur nachzubilden. Wie natürliche Ökosysteme sind permakulturell gestaltete Lebensräume vielfältig, selbstregulierend und dadurch stabil, nachhaltig und langlebig.

Welchen Beitrag kann die Permakultur an eine nachhaltige und behutsamere Entwicklung in der Landwirtschaft leisten?

Wir verlieren weltweit in rasanter Geschwindigkeit Biodiversität und fruchtbaren Boden. Deshalb müssen wir zeitnah von der konventionellen, von Monokulturen geprägten intensiven Landwirtschaft wegkommen und pestizidfrei Mischkulturen anbauen. Die Permakultur bietet hier zahlreiche funktionierende Lösungsansätze. Durch die Förderung der gesunden Kreisläufe wird der Boden wieder gesund. Er ist dann unglaublich reich an wertvollen Essenzen für sämtliche weitere Kreisläufe. Der Boden ist quasi der Ort, wo sich das Leben bildet. Gleichzeitig kann die Arbeit →

durch die Selbstregulierung der Systeme in einer guten Balance zum Ertrag gehalten werden. Diversifiziertes Anbauen wird nicht nur wegen der Bodenqualität immer wichtiger, sondern auch aufgrund des Klimawandels. Immer öfters fallen wetterbedingt ganze Ernten aus. Gemischte Pflanzengemeinschaften zeigen sich da resistenter. Deshalb macht Permakultur in der Landwirtschaft auch aus ökonomischer Sicht immer mehr Sinn und kann zunehmend zur Nahrungssicherheit beitragen.

Wie können wir uns einsetzen, damit sich die permakulturelle Landwirtschaft in der Schweiz etabliert?

In der Schweiz sind wir im Moment im Aufbau eines Permakultur-Pionierhofs bei Feldbach im Kanton Zürich. Mit diesem Hof wollen wir aufzeigen, wie und dass die permakulturelle Landwirtschaft tatsächlich funktioniert – nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich. Dadurch erhoffen wir uns, dass immer mehr Landwirtschaftsbetriebe permakulturell anbauen. Zugleich soll dort Wissen und Erfahrung an der down to earth AKADEMIE für PERMAKULTUR GESTALTUNG weitergegeben werden.

Der Trend in der Landwirtschaft ist momentan noch so, dass die bewirtschafteten Flächen möglichst gross sein sollten, um sie effizient zu nutzen. Woher nehmen Sie die finanziellen Mittel für solche Flächen?

Bisher haben wir viel an Eigenkapital und an Eigenleistung investiert. Wir haben jedoch auch Spenden, und für einzelne Projekte Beträge von Stiftungen erhalten. Für den Aufbau des Pionierprojekts AUENHOF bei FELDBACH haben wir mit der gemcop ag eine Partnerin gefunden, die uns bei der Realisierung des Hofprojektes und der Verwaltungsarbeit wertvoll unterstützt. Damit solche Pionierprojekte entstehen können, sind wir weiterhin auf Personen/Investoren angewiesen, die Nachhaltigkeit mit einer möglichst direkten Wirkung und moderatem Ertrag schätzen ● Das Interview wurde geführt durch gemcop ag

Ihr Geld wirkt direkt – Sie investieren in unsere Erde.

Durch Ihren Beitrag fördern Sie die Entwicklung nachhaltiger Strukturen und den sorgsamen Umgang mit Grund und Boden.

JA, ich bin interessiert an alternativen Investitionsmöglichkeiten und möchte mich am Projekt PERMAKULTUR AUENHOF bei FELDBACH beteiligen. Bitte senden Sie mir Informationen.

JA, ich möchte meine Gelder in der Realwirtschaft investieren. Bitte senden Sie mir Informationen.

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Talon einsenden an: gemcop ag, Hermetschloostrasse 70, 512 Mixwerk, 8048 Zürich www.gemcop.ch

* Film: 'TOMORROW' von Mélanie Laurent, Cyril Dion
Foto by: Nicole Heiling, Dominik Waser

Während Firmen gern einzelne Produkte als nachhaltig bewerben, fehlen oft Informationen zur ökologischen und sozialen Wirkung eines Unternehmens als Ganzes. Nicht nur der Markt, auch Ratings und internationale Regulierungen machen Druck, dass Firmen transparenter und ihre Nachhaltigkeitsleistungen mess- und vergleichbar werden.

Text: Pieter Poldervaart

Hebel für mehr Nachhaltigkeit

Sieben Jahre alt wurde «Chiara», sechs Sommer konnte sie auf der Alp verbringen. Drei Kälber brachte die Angus-Kuh in ihrem Leben auf einem Hof in Trun in der Surselva zur Welt. Nach der Schlachtung wurde das Fleisch in Rotwein, Schweizer Alpensalz und Gewürzen – auf Pökelsalz wird bewusst verzichtet – eingelegt und anschliessend fünf Monate zum Trocknen aufgehängt. Nun wartet «Chiara» im Laden der Firma Alpenhirt auf den Verkauf. «Meine Bio-Tiere suche ich persönlich in der Region aus und achte darauf, dass sie zur Schlachtung möglichst nicht länger als 20 Kilometer transportiert werden müssen», sagt Adrian Hirt, Inhaber des 2014 gegründeten Jungunternehmens. Diese Informationen gibt er auch direkt an seine Kundschaft weiter: Wer Trockenfleisch im Lädeli in Tschierschen, per Onlineshop oder bei einem Wiederverkäufer ersteht, kann anhand der Produktnummer den online gestellten Lebenslauf des Tiers verfolgen.

Deklaration bleibt freiwillig

Was die Firma Alpenhirt unter dem Schlagwort «Kuhtransparenz» in eigener Regie umsetzt, ist allerdings äusserst aufwendig und daher für Grossfirmen mit einem Vollsortiment kaum machbar. Als bewährtes Instrument, ökologische oder soziale Leistungen zu kommunizieren, haben sich deshalb Labels für einzelne Produktgruppen durchgesetzt. Allein die vom Verband Pusch verwaltete Plattform labelinfo.ch gibt Details zu 135 Gütesiegeln und 19 Deklarationen, die Hälfte davon betreffen Fleisch und andere Lebensmittel. Das Informationsangebot wird vom Bundesamt für Umwelt (Bafu) ebenso unterstützt wie etwa die für Planer, Architekten und Ingenieure erstellte Plattform «Ökobilanzdaten im Baubereich». Allerdings sind solche Deklarationen meist schweizspezifisch. Damit die Transparenz in Zukunft nicht mehr an der Landesgrenze endet, engagiert sich das Schweizer Umweltamt seit 2013 in mehreren EU-Arbeitsgruppen für die Erarbeitung europaweiter Bewertungsregeln für verschiedene Produktgruppen. Zwölf solche Regeln – beispielsweise für Haustierfutter, Batterien und Teigwa-

ren – liegen bereits vor, andere sollen noch folgen. Die betroffenen Industrien machen freiwillig mit. «Die beteiligten Akteure haben entschieden, dass es für diese Bewertungsregeln keine verbindlichen Kommunikationsvorschriften gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten geben wird», relativiert Geneviève Doublet von der Bafu-Sektion Konsum und Produkte das Ergebnis.

Keine verbindlichen Regeln in der Schweiz

Wie weit kommt die Wirtschaft der Forderung nach mehr Transparenz also tatsächlich nach? Peter Teuscher ist Gründer und Geschäftsleiter von BSD Consulting, einer Firma, die Unternehmen hilft, ihre sozialen und ökologischen Knackpunkte zu erkennen, sinnvoll darüber zu kommunizieren und Strategien zur Verbesserung zu entwickeln. «Seit Anfang Mai ist in der EU eine Regelung in Kraft, die grössere Unternehmen verpflichtet, nicht nur über den Finanzgang, sondern auch über relevante nicht finanzielle Angelegenheiten zu informieren», sagt Teuscher. Thematisiert werden die Bereiche Umweltbelange, Soziales und Mitarbeiteraspekte, Achtung der Menschenrechte, die Bekämpfung von Korruption und Bestechung sowie Diversität, also das Anstreben einer vielfältigen Zusammensetzung der Belegschaft. Die Schweiz warte allerdings mit einer analogen Vorschrift noch die ersten Erfahrungen aus der EU ab. «Bisher hat unser Land auf Vorschriften punkto nicht finanzielle Berichterstattung praktisch verzichtet», so Teuscher. Immerhin können seit Mitte 2017 an der Schweizer Börse SIX Swiss Exchange dort gehandelte Unternehmen ihren Nachhaltigkeitsbericht melden. Gleichzeitig verpflichtet sich eine solche Firma, den Bericht nach einem international anerkannten Standard zu erstellen und mindestens fünf Jahre auf der eigenen Website zugänglich zu halten. «Es bleibt aber vorerst bei der Freiwilligkeit. Dies sowohl in Bezug auf die Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts wie auch betreffend Meldung bei der SIX», beobachtet Teuscher. Tatsächlich haben sich bis heute denn auch erst 12 der 256 kotierten

PAOLO & VITTORIO TAVIANI, ITALIA

UNA QUESTIONE PRIVATA

Italiens legendäres Autoren-Duo blickt zärtlich zurück.

AB 14. JUNI IM KINO

tiff. toronto international film festival trigon-film

1bank4all

[one]bank[for]all

**Gut: Geld vom Spendenkonto.
Besser: Geld vom eigenen Konto.**

Wagen Sie den Schritt zum Fortschritt für Alle.
Informieren Sie sich noch heute über Ihre Investitionsmöglichkeiten!

www.1bank4all.net/de/invest

Darlehen gesucht

Zur Stärkung unseres Zentrums mit Seminarbetrieb, Alpiner Permakultur und Gemeinschaft suchen wir zinsfreie Darlehen ab 10'000 Franken mit einer Laufzeit von 5 Jahren.

Mit dieser wertvollen Unterstützung ermöglichen Sie uns, die Schweibenalp in ihrer Schönheit weiterhin blühen zu lassen.

Charly Rainer Ehrenpreis und Moris Bühlmann freuen sich über Ihren Anruf! +41 (0) 33 952 20 00, stiftung@schweibenalp.ch
www.schweibenalp.ch

SCHWEIBENALP

Zentrum der Einheit • Center of Unity

HAUS FÜR BILDUNG UND BEGEGNUNG

HERZBERG

Ihr Haus für Seminare und Tagungen

Zentrale Lage, feine Bio-Küche, heimelige Zimmer für jedes Budget und helle, modern eingerichtete Kursräume. Eigenes Kursprogramm mit Gestaltung, Tanz, Musik und mehr.

www.herzberg.org - info@herzberg.org

**OBERHALB VON
6647 MERGOSCIA (VERZASCA)
ZU VERKAUFEN**

2 TESSINER RUSTICI MIT WEITSICHT

5'000 m² grosses Grundstück mit Laub-Mischwald (Kastanien, Buchen, Eichen), Wiesen, mit Trockenmauern terrassiert und vieles mehr.

Weitere Infos und Bilder unter:
www.casafile.ch/mergoscia

Unser Land für zahlbares Wohnen

Die Terra Schweiz AG will zusammen mit der Habitare Schweiz AG Liegenschaften dauernd der Spekulation entziehen sowie nachhaltig zahlbares Wohnen sichern und fördern.

Wollen Sie Ihre Liegenschaft zu einem fairen Preis verkaufen?

Wir suchen Mehrfamilienhäuser ab 8 Wohnungen in der gesamten deutschen Schweiz. Wir garantieren einen fairen Umgang mit den bestehenden Mieterinnen und Mietern und erhalten günstiges Wohnen.

Wir freuen uns über Ihre Kontaktaufnahme:
T 052 202 80 80
info@terra-wohnen.ch
www.terra-wohnen.ch

Firmen für diese Option entschieden, darunter Credit Suisse, Swisscom, Swiss Life oder Warsteck Invest. «Eine stärkere Beteiligung könnte zumindest eine gewisse Signalwirkung haben und auch nicht börsenkotierte Unternehmen dazu bringen, mit ihrer Nachhaltigkeitsberichterstattung nachzuziehen.» International habe sich für diese Kommunikation der Raster der Global Reporting Initiative (GRI) bewährt, der helfe, die ökologischen und sozialen Leistungen von Firmen zu vergleichen.

Aufgrund des Pariser Abkommens kann man herunterrechnen, wie viel klimarelevante Emissionen ein Land oder eine einzelne Firma ausstossen darf.

SDG 2030 in weiter Ferne

Selbst Firmen, die ihre Berichte gemäss GRI abliefern, sind nicht per se nachhaltiger – sondern sie dokumentieren bloss ihr Geschäftsgebaren besser. «Erst echte Massnahmen für Verbesserungen verringern den negativen Einfluss auf Umwelt und Gesellschaft. Dabei hilft die Transparenz mit einer strukturierten und nachvollziehbaren Darstellung der Ziele und Massnahmen», betont Teuscher. Ohnehin lasse sich aktuell nur an einem Kriterium messen, wie weit ein Unternehmen global gesehen nachhaltig wirtschaftet: beim CO₂-Ausstoss. «Aufgrund des Pariser Abkommens kann man herunterrechnen, wie viel klimarelevante Emissionen ein Land, eine Branche oder eben eine einzelne Firma ausstossen darf, um das international vereinbarte Erwärmungsziel von maximal 1,5 Grad einzuhalten.» Nachhaltigkeit umfasst aber eine ganze Palette weiterer Parameter, vom Verbrauch von Ressourcen wie Land oder Wasser über die soziale Gerechtigkeit bis hin zur Einhaltung der Menschenrechte. Nicht nur die Vielzahl dieser Ansprüche bremst den Wandel zur Nachhaltigkeit in der Wirtschaft. Auch die Kurzfristigkeit des Denkens in vielen Führungsetagen steht Teuscher zufolge der langfristigen Zielerreichung entgegen. So liege etwa der Horizont der «Ziele für nachhaltige Entwicklung» (Sustainable Development Goals, SDG), die bis 2030 umgesetzt sein sollen, für viele Manager in weiter Ferne. Teuscher: «Der Druck von Gesetzgeber und Konsumenten bleibt darum wichtig.» Zumindest indirekt mehr Transparenz bringen könnte die Annahme der Konzernverantwortungsinitiative (vgl. Kasten).

Drei Treiber für mehr Transparenz

Welche Schritte die globale Wirtschaft bereits in Richtung Nachhaltigkeit gemacht hat, untersucht die «Oekom Corporate Responsibility Review 2018». Darin vergleicht das Unternehmen ISS-Oekom bereits zum zehnten Mal die ökologische und soziale Performance

Konzernverantwortungsinitiative als Druckmittel

pld. Während die Umweltbelastung im Inland abnimmt, exportiert die Schweiz immer mehr Emissionen. 2001 fielen laut Bundesamt für Umwelt 73 Prozent der von der Schweiz verursachten Umweltbelastung im Ausland an – 1996 waren es noch 56 Prozent. Dieser Trend, aber auch das Geschäftsgebaren von Schweizer Konzernen im Ausland generell hat zur Lancierung der 2016 eingereichten Konzernverantwortungsinitiative geführt. Das inzwischen von 80 zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützte Begehren verlangt für Unternehmen mit Sitz in der Schweiz eine verbindliche Sorgfaltspflicht punkto Ökologie und Menschenrechte: Unternehmen müssen abklären, welche Ri-

siken für Menschenrechte und Umwelt aus ihrer Geschäftstätigkeit entstehen und gegebenenfalls Massnahmen zur Reduktion einleiten. Kommt es dennoch zu Verletzungen von Menschenrechten oder zu Umweltschäden, muss transparent dokumentiert werden, was die Firma dagegen unternimmt. In der Sommersession 2018 wird im Parlament ein indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative diskutiert. Das Ergebnis der Debatte war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Wird die Initiative nicht zurückgezogen, gelangt sie voraussichtlich 2019 zur Abstimmung.

www.konzern-initiative.ch

von über 3900 Firmen weltweit. Seit 2013 wurde bei 2300 Firmen das Instrument «Sustainability Solutions Assessment» angewendet, das zeigt, wie viele Firmen mit ihren Produkten und Dienstleistungen zur Erreichung der SDG beitragen. Das Ergebnis: 36 Prozent der untersuchten Firmen helfen, dem Ziel näher zu kommen, während 22 Prozent den SDG entgegenwirken. Punkto Branchen liegen Konsumgüter, Gesundheitsdienstleistungen und Halbleiterindustrie vorn. Anders als in der Schweiz, wo die beiden dominanten Grossverteiler in Nachhaltigkeit Vorbildcharakter haben, bildet im internationalen Vergleich der Detailhandel zusammen mit der Immobilienbranche das Schlusslicht. Doch was ist der Auslöser dafür, dass sich Firmen vermehrt mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinandersetzen? Eine Umfrage der ISS-Oekom zeigt, dass Ratingagenturen mit 61,3 Prozent der wichtigste Treiber sind, gefolgt von Kunden (60,3 Prozent) und dem Gesetzgeber (56,3 Prozent). «Nötig ist somit die Gesamtheit aller Instrumente», konstatiert Dieter Niewierr, Sprecher von ISS-Oekom.

Dass es im Einzelfall auch ohne Gesetzgeber und Ratingagentur geht, zeigt die Firma Alpenhirt. Das Fleisch des Angus-Rinds «Chiara» erzielt in Form der 190 Gramm schweren Trockenwurst «Farurer Baron» den stolzen Preis von 26.60 Franken. Doch die Kundschaft schreckt das nicht ab. Das Wissen um das gute, lange Leben der Kuh und die regionale Wertschöpfung sind den Mehrpreis wert. Und der exzellente Geschmack des Trockenfleisches spricht für sich.

Pieter Poldervaart arbeitet als freier Journalist im Pressebüro Kohlenberg in Basel. Er ist spezialisiert auf Umwelt- und Konsumthemen.

DIE SEITEN DER ABS

Die Generalversammlung gibt grünes Licht für die neue Auslandstrategie der Alternativen Bank Schweiz (ABS). In Zusammenarbeit mit werteverwandten Partnerorganisationen kann die Bank künftig auch im Ausland Finanzierungen tätigen und so ihre soziale und ökologische Wirkung verstärken.

Text: Simon Rindlisbacher

DIE ABS KANN NEU AUCH IM AUSLAND WIRKEN

«Bald ist die ABS 30 Jahre alt, und ein Geschäftsfeld, das bereits unseren Gründerinnen und Gründern am Herzen lag, brauchte für seine Realisierung bis heute: die internationale Zusammenarbeit», sagte die Verwaltungsratspräsidentin Anita Wymann am Anfang der diesjährigen Generalversammlung der ABS. Wenig später beseitigten die anwesenden Aktionärinnen und Aktionäre die letzte Hürde, die dem Anliegen der Gründerinnen und Gründer noch im Weg stand: Auf Antrag des Verwaltungsrates weiteten sie den Geschäftsbereich der ABS auf das Ausland aus. Bisher war dieser in den Statuten auf die Schweiz beschränkt. Nun kann die Bank umsetzen, was mittlerweile auch ein erklärtes strategisches Ziel ist: Sie will mit werteverwandten Partnerorganisationen im Ausland ins Geschäft kommen und so auch ausserhalb der Schweiz zur Lösung von sozialen und ökologischen Herausforderungen beitragen.

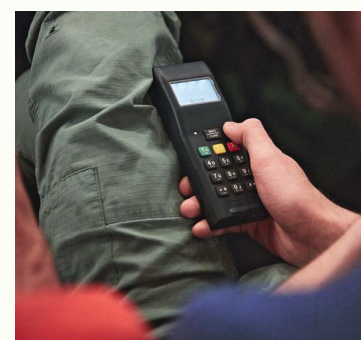
«Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass es noch viele sinnvolle Projekte gibt, die einen ungedeckten Finanzierungsbedarf aufweisen», sagt Martin Rohner, Vorsitzender der ABS-Geschäftsleitung, zum Entscheid der Generalversammlung. Gleichzeitig sei in der Schweiz der Markt für Finanzierungen gesättigt und darum umkämpft. Auch Projekte und Unternehmen, die lange Zeit fast nur die ABS finanziert habe, seien heute auf dem Markt gefragt. «Solarkraftwerke wollen heute zum Beispiel alle Banken finanzieren. Früher hat sich ausser uns kaum jemand dafür interessiert.» Die Folge sei, dass die ABS zurzeit deutlich mehr Kundengelder habe, als sie in der Schweiz als Kredite verleihen könne. Für Martin Rohner ist daher die Zeit reif, dass sich die Bank

mit einem Teil dieses Geldes auch im Ausland engagiert. Vorgesehen sind vorerst drei Stossrichtungen: Erstens will die ABS zusammen mit werteverwandten Banken aus Europa Projekte finanzieren, die ihren Förderbereichen entsprechen. Dabei wären die Partnerbanken jeweils federführend. Zweitens ist denkbar, dass die ABS werteverwandte Banken stärkt, indem sie ihnen Eigenmittel zur Verfügung stellt. So ermöglicht sie, dass sich ethisches Banking auch im Ausland weiter entfalten kann. Drittens will sich die ABS an Anlagefonds beteiligen, die KMU und Mikrofinanzorganisationen in Schwellen- und Entwicklungsländern finanzieren.

Tragfähiges internationales Beziehungsnetz

Ein erstes Beispiel für ein solches Engagement ist die Zusammenarbeit der ABS mit Oikocredit International. Zusammen mit der niederländischen Finanzgenossenschaft lancierte die Bank im Herbst 2016 das Oikocredit-Förderkonto. Im Umfang des Geldes, das die Kundinnen und Kunden auf dieses Konto einzahlten, vergab die ABS Anfang 2017 ein Darlehen an die Finanzgenossenschaft. Über ihre Partnerorganisationen in Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglichte diese dann beispielsweise Kleinkredite an Frauen zum Aufbau einer Selbstständigkeit oder Darlehen an Kleinbetriebe. Die Voraussetzungen für weitere Engagements im Ausland sind gut: In den letzten fünf Jahren hat sich die ABS mit werteverwandten Banken und Instituten auf der ganzen Welt vernetzt, zum Beispiel im Rahmen der Global Alliance for Banking on Values (GABV) oder der Fédération Européenne de Finances et Banques Ethiques et Alternatives (FEBEA). «Wir verfügen heute über viele tragfähige Beziehungen zu Partnerbanken und -institutionen», sagt Martin Rohner. «Und wir wissen auch, dass es in unserem Netzwerk Banken gibt, die auf Gelder angewiesen gewesen wären oder für spannende Projekte Partnerinnen suchten.»

Die Zusammenarbeit mit Oikocredit International war nur dank einer Einzelbewilligung der Finanzmarktaufsicht Finma möglich. Dank der Statutenänderung sind solche nicht mehr nötig. Trotzdem wird es noch eine Weile dauern, bis die ABS weitere Engagements eingeht: So muss die Bank nun verschiedene Reglemente und Weisungen anpassen und die organisatorischen Voraussetzungen schaffen. «Wir wollen unsere Tätigkeit im Ausland sorgfältig und mit Umsicht angehen», betont Martin Rohner. Das heisst auch, dass die Bank im Ausland nur Engagements eingeht, die ihrem Leitbild entsprechen, die wirtschaftlich vertretbar und nicht zu riskant sind. «Der Anteil dieser Geschäfte wird in der laufenden Strategieperiode bis 2021 voraussichtlich nur einen kleinen Prozentsatz der Bilanzsumme ausmachen», sagt Martin Rohner. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit bleibt also klar die Schweiz.



An der Generalversammlung der Alternativen Bank Schweiz in der Basler Markthalle folgten die Aktionärinnen und Aktionäre allen Anträgen des Verwaltungsrates.

GV BESCHLIESST ZWEI WICHTIGE NEUERUNGEN

Text: Sarah Eggo
Bilder: Torvioll Jashari

Am 28. April hat in der Markthalle in Basel die 27. Generalversammlung der Alternativen Bank Schweiz stattgefunden.

Die rund 370 anwesenden Aktionärinnen und Aktionäre:

- genehmigten den Jahresbericht des Verwaltungsrates.
- nahmen den Bericht der unabhängigen Ethik-Kontrollstelle zur Kenntnis.
- genehmigten die Jahresrechnung 2017 und den Revisionsbericht.
- beschlossen, 1,6 Millionen Franken aus dem Bilanzgewinn den allgemeinen gesetzlichen Reserven zuzuweisen, 100 000 Franken dem Innovationsfonds zu spenden und 985 363.58 Franken auf die neue Rechnung vorzutragen.
- beschlossen für das Geschäftsjahr 2017, eine Dividende von 1,25 Prozent auf dem Nominalwert der ABS-Aktie auszuschütten.
- entlasteten den Verwaltungsrat.
- wählten Benjamin Zemann für eine Amtsdauer von drei Jahren in den Verwaltungsrat (siehe Kurzporträt auf S. 20).
- genehmigten eine Kapitalerhöhung im Wert von 54 567 300 Franken.
- stimmten zu, in den Statuten den Geschäftsbereich der ABS auf das Ausland auszuweiten (siehe Artikel auf S. 18).
- genehmigten sieben Statutenänderungen, die wegen neuer regulatorischer Anforderungen nötig geworden waren.

Die Zahlen der ABS zum Geschäftsjahr 2017 finden Sie in moneta 1–2018 auf den «Seiten der ABS» sowie im Geschäftsbericht unter:
www.abs.ch/berichte

Die Reden von Anita Wymann und Martin Rohner können Sie online nachlesen auf:
www.abs.ch/generalversammlung

BENJAMIN ZEMANN ERGÄNZT VERWALTUNGSRAT

Foto: zvg



Benjamin Zemann verstärkt seit Ende April den Verwaltungsrat der Alternativen Bank Schweiz.

Der 53-jährige Experte für Wohnbaugenossenschaften wurde an der Generalversammlung 2018 in das oberste Gremium der Bank gewählt. Als selbstständiger Berater unterstützt Benjamin Zemann Wohnngenossenschaften und ähnliche Organisationen rund um die Themen Bauökonomie und nachhaltiges Bauen. Zudem sitzt er im Vorstand der Genossenschaft für selbstverwaltetes Wohnen Gesewo in Winterthur. «Mit seiner beruflichen Erfahrung und seinem Netzwerk in der Szene der Wohnbaugenossenschaften ist Benjamin Zemann eine gute Ergänzung für unser Team», freut sich Anita Wymann, die Präsidentin des Verwaltungsrates, über die Wahl.

VERÄNDERUNGEN AUF LEITENDEN POSITIONEN

Foto: zvg



Daniela Mattmüller leitet neu die Fachstelle Recht und Compliance

Anfang Mai hat Daniela Mattmüller die Leitung der Fachstelle Recht und Compliance übernommen. Sie hat damit die Nachfolge von Reinhard Siegfried angetreten, der kurz vor Weihnachten verstorben ist. Daniela Mattmüller arbeitet seit 2016 bei der ABS. Ursprünglich machte sie eine Banklehre und arbeitete mehrere Jahre als Kundenberaterin, bevor sie Rechtswissenschaften studierte. Nach dem Studium war sie mehrere Jahre bei der Migros Bank als Spezialistin für Recht und Compliance tätig.

Thomas Grädel orientiert sich beruflich neu

Ende April hat Thomas Grädel die ABS verlassen, um sich beruflich neu zu orientieren. Er arbeitete fast 18 Jahre bei der Bank und setzte sich mit grossem Engagement für den Auf- und Ausbau des Firmenkundengeschäftes ein. Zuletzt leitete er die Gruppe Firmenfinanzierungen. In seiner Zeit bei der ABS trug er massgeblich dazu bei, dass die Bank insbesondere für Projekte rund um erneuerbare Energien zu einer anerkannten Partnerin wurde. Die ABS dankt ihm für seinen Einsatz.

FERIEN? MAESTRO-KARTE FREISCHALTEN!

Um Sie vor Betrug zu schützen, ist Ihre Maestro-Karte standardmässig nur in der Schweiz und in Europa einsetzbar. Für alle anderen Länder der Welt müssen Sie Ihre Karte für die Dauer Ihres Aufenthaltes freischalten. Das können Sie mittels ABS E-Banking unter dem Menüpunkt «Karten» tun. Falls Sie kein E-Banking haben, schaltet das ABS-Beratungsteam die gewünschte Region gerne für Sie frei. Rufen Sie an unter +41 62 206 16 16.

Weitere Informationen:
www.abs.ch/geoblocking

WICHTIGER HINWEIS ZU DEN INSERATEN UND BEILAGEN IN DER MONETA

Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

ABS-LEHRSTELLE

Ab August 2019 ist an unserem Hauptsitz in Olten eine Lehrstelle frei:

KAUFFRAU/KAUFMANN BRANCHE BANK IM E- ODER M-PROFIL

In drei Jahren bringen wir dir alles bei, was du als Bankkauffrau oder -kaufmann können musst. Aber nicht nur das: Bei uns lernst du auch, was eine Bank dazu beitragen kann, dass die Welt lebenswert ist und bleibt.

Während deiner Lehre erhältst du Einblick in alle unsere Abteilungen und entdeckst so die vielen Seiten des Bankgeschäftes. Die theoretische Ausbildung findet an der kaufmännischen Berufsschule Olten-Balsthal (KBS) statt. Für die Bankbranchenausbildung und die überbetrieblichen Kurse besuchst du das Center for Young Professionals in Banking (CYP).

Mach deine Lehre zur Bankkauffrau oder zum Bankkaufmann bei einer Bank, die mehr will, als das grosse Geld machen.

Interessiert? Bewirb dich jetzt online auf www.abs.ch/lehrstelle.

Bei Fragen hilft dir Roswitha Kick, Bereichsverantwortliche Personal, gerne weiter. Sie ist erreichbar unter der Telefonnummer 062 206 16 22.

Der in Morges wohnhafte Jacques Dubochet ist in erster Linie Biophysiker, Linksaktivist und Umweltschützer, doch seit Oktober 2017 ist er noch mehr: Nobelpreisträger in Chemie für seine Arbeit im Bereich der Kryo-Elektronenmikroskopie. Die 360 000 Franken Preisgeld hat der Westschweizer auf einem Konto der Alternativen Bank Schweiz angelegt.

Text: Muriel Raemy

«ICH WOLLTE SCHON IMMER DIE WELT VERSTEHEN»

Jacques Dubochet erhielt im Oktober 2017 den Nobelpreis für Chemie für das von ihm entwickelte Verfahren der Kryo-Elektronenmikroskopie.

Es sei ein grosser Schock gewesen, als am 4. Oktober 2017 der Anruf kam. «Ich wollte friedlich meinen Ruhestand geniessen, und plötzlich stehe ich vor den Augen der gesamten Weltöffentlichkeit als der Wissenschaftler da, der das kalte Wasser erfunden hat.» Jacques Dubochet teilt den Nobelpreis mit seinen Kollegen Joachim Frank aus den USA und Richard Henderson aus Grossbritannien. Sie alle haben mit ihren Forschungsarbeiten die Kryo-Elektronenmikroskopie mit vitrifizierten Proben möglich gemacht. Doch was hat das mit kaltem Wasser zu tun?

Dazu ein Blick zurück in die Achtzigerjahre, als Jacques Dubochet am Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie in Heidelberg tätig war. Vereinfacht ausgedrückt, muss im Inneren der Säule eines Elektronenmikroskops ein Vakuum aufrechterhalten werden, damit die Elektronen in die Zellstruktur eindringen und diese abbilden können. Und Wasser verdampft im Vakuum. So wurde in der Elektronenmikroskopie während über fünfzig Jahren nur mit getrockneten Proben gearbeitet. «Mein Forschungsprojekt zielte darauf ab, die Proben in ihrem ursprünglichen Zustand zu

Foto: zvg



bewahren, indem sie bei so tiefen Temperaturen verwendet werden, dass das Wasser nicht verdampft. Das ist, was man unter Kryo-Elektronenmikroskopie versteht. Doch bei so tiefen Temperaturen gefriert Wasser, und Eis zerstört die Proben gleich wie Austrocknung», fasst Dubochet zusammen. Wie kann also mit wässrigen Proben gearbeitet werden? Hier kommt die Vitrifizierung ins Spiel, eine Art Schockgefrieren, bei der eine Flüssigkeit fest wird, ohne dass sie kristallisiert. Jacques Dubochet erinnert sich genau an den Augenblick im Jahr 1980, als sein Kollege Alasdair McDowall und er im Mikroskop einen gefrorenen Wassertropfen beobachteten, den sie langsam erwärmten. Bei -135 °C verwandelte sich diese plötzlich in kubische Eiskristalle, in vitrifiziertes Wasser. «Die Vitrifizierung von Wasser galt bis dahin als unmöglich! Können Sie sich vorstellen, wie wir uns da gefühlt haben?»

Eine gemeinsame Entdeckung

Seit diesem Zeitpunkt ermöglicht das Vitrifizieren die Beobachtung von Zellen, ohne dass diese dabei denaturiert werden. Diese Entdeckung wurde – gemeinsam mit den mathematischen Methoden für die Bildverarbeitung von Joachim Frank sowie dem 3D-Bild eines Proteins in atomarer Auflösung, an dem Richard Henderson gearbeitet hat, – von der Königlichen Akademie in Stockholm als «bildgebendes Verfahren für die Moleküle des Lebens» ausgezeichnet.

«Die Resultate der Kryo-Elektronenmikroskopie haben sich von Jahr zu Jahr verbessert. Das Volumenelement, das mit der heutigen Auflösung dargestellt werden kann, ist tausendmal kleiner als bei unserem Modell von 1986. Das bedeutet, dass Atome sichtbar werden», vereinfacht Jacques Dubochet. Und Atome fallen auch in den Bereich der Chemie. So kam es, dass den drei Wissenschaftlern der Nobelpreis in Chemie verliehen wurde, obwohl sie Biologen und Physiker sind. «Für mich zeigt der Preis, dass die Naturwissenschaften eine Einheit bilden. Das ist für mich die Quintessenz aus einem kollektiv erarbeiteten Modell der Natur.»

Die Natur als Lehrmeister

Die Welt, die ihn umgibt, zu verstehen, war Jacques Dubochet schon immer ein Bedürfnis. Mit vier Jahren stellte er sich, um seine Angst vor der Dunkelheit zu besiegen, jede Nacht vor, dass die Sonne wiederkommt. Diese persönliche kopernikanische Wende sagte ihm mehr als der christliche Glaube an einen Schutzengel. «In dieser Hinsicht war ich schon immer Wissenschaftler. Ich glaube nicht an eine höhere Macht. Mein einziger Lehrmeister ist die Natur», fährt Dubochet fort, der sich als zufriedener und ruhiger Atheist beschreibt. Sehen, experimentieren, die Natur spüren, das war schon immer seins. Als Biologiestudent stand Dubochet im Morgengrauen auf, um seine ebenfalls an der Naturforschung interessierten Kameraden auf Vogelbeobachtungen zu begleiten oder um nach Regenwürmern zu graben. «Ich habe dann meine Doktorarbeit in Biophysik gemacht. Ich verbrachte den grössten Teil meiner Zeit im Labor, hörte aber nie auf, mich für Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu interessieren.»

Er ist also auch Umweltschützer: «Bei unserem zweiten Date gingen meine Frau und ich gegen das geplante AKW Kaiseraugst demonstrieren. Und mein erstes

selbst verdientes Geld habe ich in die Busse investiert, die ich zahlen musste, weil mich die Polizei in flagranti erwischte, als ich gerade ein Plakat gegen den Genfer Autosalon an einen Pfosten klebte», lacht der Nobelpreisträger, der seine aktivistische Seite im Mai 1968 entdeckte. Mit dem Vermerk «sehr wichtig» hat der Professor, der für seine Fähigkeit der einfachen Darstellung ebenso wie für seinen Humor geschätzt wird, das Jahr sogar in sein CV aufgenommen. Seit er Nobelpreisträger ist, wurde seine Biografie übrigens über 200 000 Mal von Besuchern aus der ganzen Welt angeklickt.

Vom schlechten Schüler zum Philanthropen

«Ich bin ein durchschnittlicher Forscher, doch ich wollte nie wie alle anderen sein. So entwickelte ich eine gewisse Kreativität», lächelt Dubochet, der zugibt, ein katastrophaler Schüler gewesen zu sein. Bis er einmal ein Teleskop baute, in das er viel Zeit investierte. «Ich schliiff die Linse selbst. Ich verbrachte mehr als 250 Stunden damit, die für mich etwas ganz Besonderes waren. Mir wurde klar, dass Wissenschaft harte Arbeit ist!» Es habe gedauert, bis er auch nur über ein paar der Instrumente verfügt habe, mit denen sich die Komplexität des Lebens verstehen lasse. «Doch mein Wissen bleibt sehr klein und mein Unwissen sehr gross. Das motiviert mich, mehr zu erfahren, und gibt meinem Leben einen grossen Teil seines Sinns.»

Ein Sinn, den er nun auch in seinem sozialen Engagement sieht. «Meine Obsession, alles verstehen zu wollen, bringt mich unweigerlich dazu, den Zustand der Welt zu analysieren. Die Welt dreht sich seit jeher nur um Geld. Das ist das Problem.» Jacques Dubochet fragte seine Studentinnen und Studenten regelmässig, welche Werte für sie in ihrem Privatleben und in ihrem Leben als Forscherinnen und Forscher grundlegend seien. Die Frage überraschte viele, nur wenige konnten darauf antworten. «Die Menschheit wäre besser beraten, wenn sie öfter daran denken würde, was wichtig für sie ist. Wir würden uns weniger damit abkämpfen, mehr zu verdienen und die soziale Leiter zu erklimmen», stellt der Rentner fest, der sich seit dem Gewinn der 360 000 Franken, mit denen der Nobelpreis dotiert ist und die er im Moment auf einem Konto bei der ABS deponiert hat, in einer unerwarteten Lage befindet. «Ich möchte, dass ein Teil dieses Geldes dazu verwendet wird, Hilfsprojekte für Migranten zu finanzieren, und ein anderer Teil für die Stärkung des Programms «Biologie und Gesellschaft» der Universität Lausanne.» Jacques Dubochet sitzt für die SP im Gemeinderat von Morges und ist zudem Mitglied der Klima-Grosseltern Schweiz, einer Organisation, die sich für den Ausstieg aus den fossilen Energien stark macht. «Wir Wissenschaftler haben eine Verantwortung für die Gesellschaft, für die wir Wissen schaffen. Wir müssen ins Gemeinwohl, ins Glück aller und der zukünftigen Generationen investieren», schliesst Dubochet, der immer Forscher bleiben wird. Er betreibt einen Blog mit seinen Gedanken, in dem er Wissenschaft verständlich darstellt. Und in seinem im Mai erschienenen Buch «Parcours» verbreitet er seine humanistische Botschaft. Auch dies im Dienste der Wissenschaft.

Jacques Dubochet: Parcours.
Auf Französisch erschienen im Verlag Rosso Editions,
Mai 2018.

DIENSTLEISTUNGEN**einfach machen**

Wachsen Ihnen die Dinge über den Kopf? Möchten Sie gerne lange Liegegeblienes jetzt angehen? Gerne unterstütze ich Sie als Aufräumcoach im Raum Basel. Christine Braun
Tel. 061 321 80 33
christine@einfach-raeumen.ch
www.einfach-raeumen.ch

Nachhaltiges Rechtsberatungs- und Treuhandbüro

Wir streben mit unserer Dienstleistung eine positive Wirkung für unseren Kunden, die Umwelt und die Gesellschaft an. Aquilaw GmbH, Zürich
www.aquilaw.ch

Selbst-/Konfliktmanagement

Sie wissen nicht weiter? Sie wollen sich einigen? Beratung, Coaching, Mediation oder aussergerichtliches Verhandeln könnten hilfreich sein. Erstkontakt kostenfrei, Terminbuchung online, Skype möglich.
www.e-advokatur.ch

Engagiert und persönlich

Das Treuhandbüro mit ökologischer, sozialer und unternehmerischer Verantwortung. 8sam Treuhand GmbH, Luzern
Tel. 041 362 11 23
www.8sam-treuhand.ch

Korrektorat mit Niveau

Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch. Flyer, Geschäftsbericht oder Buch: www.bertin.ch

Logo - Kommunikationsmittel - Website

Ich entwickle, überarbeite oder verfeinere die visuelle Sprache Ihrer Unternehmung.
www.nicolehaller.ch

Wir machen Inhalt sichtbar.

Als Plakat oder Prospekt, als Cartoon oder Comic.
www.stefanhaller.ch
www.schlorian.ch

manus bau und schreinerei

architektur, bauberatung, schätzungen, baubiologie, innen- ausbau, küchenbau und möbel. Tel. 031 381 10 28
www.manusbern.ch

bewegen - erkennen - gestalten

Coaching & Beratung
Tel. 041 79 777 00 83
www.raffaelatanner.com

FERIEN / REISEN / ERHOLUNG

Italien: Ferien im Olivenhain Toskana/Maremma, Ferienhaus/ Zimmer.
www.usignolo.eu

Südfrankreich: Zwischen Camargue und Cevennen, Ferienwohnung zu vermieten:
www.vacancespaisibles.fr

www.yogaferien.ch

MEER als nur Ferien. Yoga-Wochen & -Weekends.

Das «etwas andere» Albergò im Herzen des Malcantone! Gepflegte und stilvolle Einfachheit in einem historischen Tessinerhaus
Tel. 091 609 19 35
www.casa-santo-stefano.ch

GEMEINSCHAFT

Internationale Gemeinschaften-Festivals, offen für Interessierte. Jährlich Pfingsten oder Ende Juli und 28.12.-2.1. in Gemeinschaften in Deutschland. Und Beratung & Seminare zur weltweiten Gemeinschaftssuche/-gründung bei Basel:
oekodorf@gemeinschaften.de
Tel. 0049 7764 933999

GESUNDHEIT

Glücklich, gelassen & gesund
info@ayurveda-ernaehrung.ch
www.ayurveda-massagen.ch

LIEGENSCHAFTEN/WOHNEN

Doppelhausteil (5 Zimmer) mit Garten in Baden per 1.9.2018 zu verkaufen. Nahe ÖV und Schulen.
sibylleciarloni@gmail.com

Immobilienberatung Eduard Weisz

Verwaltung/Bewertung/Verkauf Sumatrastrasse 25, 8006 Zürich
Tel. 043 343 11 01
www.immoprojekte.ch

CasaConsult – das andere Immobilienbüro. Wir beraten Sie persönlich und verkaufen Ihre Liegenschaft zu fairen Bedingungen nach Grundsätzen des Hausvereins. Kt. BE, SO, AG, LU, FR, JU, NE. Im Tessin haben wir eine zweisprachige Vertretung.
Tel. 031 312 95 14
www.casaconsult.ch

TAUSCHEN

Exsila.ch - Tauschen statt kaufen
#1 Tauschbörse für Bücher, Filme, CDs mit 150 000 Angeboten.
www.exsila.ch

**MARKTPLATZ**

Auf dem Marktplatz treffen sich Menschen mit guten Ideen, die Mittel für die Umsetzung ihres Projektes suchen, und Geldgebende, die etwas Sinnvolles unterstützen möchten.

Die Idee

Die Regeln für Banken werden immer strenger. Gesetze sind nötig, aber sie haben Nebenwirkungen: Für Vorhaben, die nicht ins Schema passen, wird es immer schwieriger, eine Bankfinanzierung zu erhalten. Die ABS schafft deshalb Wege, wie sie sinnvolle Ideen ohne die herkömmlichen Finanzierungsinstrumente unterstützen kann. Zum Beispiel den Marktplatz, wo Geld und Projekte direkt zusammenfinden.

So gehts

Bedingung für die Publikation eines Projektes ist, dass der Geschäftszweck einem Förderbereich der ABS entspricht. **Darüber hinaus prüft die ABS die Firma NICHT, und es handelt sich NICHT um eine Anlageempfehlung der Bank.**

Über Ausgabepreis, Agio, Laufzeit, Zinssätze usw. informieren sich Geldgeberinnen und -geber direkt bei den Anbietern.

Ihr Projekt auf dem Marktplatz. Möchten Sie Ihr Projekt auf dem Marktplatz vorstellen?

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf: www.abs.ch/moneta oder unter Telefon 062 206 16 16

VERANSTALTUNGEN

Vermietung, Planung, Verkauf von Komposttoiletten. Für Veranstaltungen, zu Hause oder öffentliche Bereiche. Besuchen Sie uns auf:
www.kompotoi.ch
info@kompotoi.ch
Tel. 044 273 30 30

WEITERBILDUNGEN

«Männer in Saft und Kraft»
Visionssuche/Schwitzhütte
www.maenner-initiation.ch

Tango Argentino 50plus, 1./2. September Basel, diverse Kurse in Zürich, M 079 470 61 49.

Kurse in Persönlichkeitsentwicklung
www.geistheilen.ch/agenda

Konditionen für Kleininserate in der moneta

Mit 25 Franken für die ersten 56 Zeichen (inkl. Leerschläge) sind Sie dabei. Danach 5 Franken für 28 Zeichen. Maximal 280 Zeichen. **Die nächste moneta erscheint am 19. September 2018.** Das Kleininserat senden Sie bitte bis spätestens **13. August 2018** an moneta@abs.ch oder an: Alternative Bank Schweiz AG, moneta, Amthausquai 21, Postfach, 4601 Olten. Telefon 062 206 16 16. www.abs.ch/moneta.

«Geld soll keinen Einfluss auf die Demokratie haben»

Der 22-jährige Elias Studer hat in Schwyz die Kampagne für die kantonale Transparenzinitiative der Juso geleitet. Und damit im März 2018 einen sensationellen Erfolg erzielt: Die Initiative wurde angenommen. Die Schwyzer Parteienfinanzierung wird nun transparent.

Interview: Armin Köhli

Elias Studer, die ganze Schweiz war überrascht, dass neben Freiburg auch Schwyz die kantonale Transparenzinitiative angenommen hat. Waren Sie es auch?

Elias Studer: Ja, sehr. Wir dachten schon, dass wir nicht schlecht abschneiden würden, weil wir ein wichtiges Thema aufgegriffen hatten. Aber die Parteien ausserhalb der SP waren geschlossen dagegen. Dass in dieser Situation viele Menschen über ihre Vorurteile gegen die Juso hinwegsehen und für unsere Initiative stimmten, ist bemerkenswert.

Foto: zvg



Elias Studer ist in Oberarth im Kanton Schwyz aufgewachsen. Er studiert in Basel Recht und Gender Studies und arbeitet mit einer 30%-Stelle als Kampagnenmitarbeiter für die 99%-Initiative der Juso Schweiz. Von 2013 bis 2016 war er Präsident der Juso Kanton Schwyz. Derzeit engagiert er sich noch in der Arbeitsgruppe der Juso, die die Umsetzung der Transparenzinitiative begleitet. In Schwyz leitet er die Jugendgruppe Queerpuzzles.

Was genau legt die Initiative fest?

Die Budgets von Parteien und Organisationen zu kantonalen Abstimmungen und Wahlen müssen offengelegt werden. Ebenso Spenden ab 5000 Franken bei natürlichen und ab 1000 Franken bei juristischen Personen. Und wer für öffentliche Ämter kandidiert, muss die Interessenbindungen offenlegen.

Was hat Sie ursprünglich dazu gebracht, sich bei der Juso zu engagieren und sich dann für die Transparenzinitiative so ins Zeug zu legen?

Als Jugendlicher hat es mich sehr gestresst, dass alle die SVP cool fanden, vor allem an der Schule. Die Ausländer waren untereinander befreundet und die Schweizer untereinander. Die Ausländerfeindlichkeit hat mich immer genervt. Wenn ich etwa erlebt habe, wie eine schwarze Kollegin als «Negerin» angemacht wurde. Dazu kam der Sexismus. Ich hatte immer das Gefühl, ich müsse einer bestimmten männlichen Rolle entsprechen. Das hat mich politisiert. Die Juso bietet auch ein neues Umfeld, in dem du aus der Gesellschaft ausbrechen kannst – megaoffen, megaakzeptierend.

Da ist Parteienfinanzierung ein ziemlich abstraktes Thema.

Klar, da gab es keinen ungemein persönlichen Bezug – aber das Thema kam nicht von aussen. Wir haben einfach gesehen, dass bei Wahlen sehr viel Geld ausgegeben wird. 2015 beispielsweise hatte die SP ein Budget von etwa 100 000 Franken. Davon waren 7000 für die Juso. Die Junge CVP hatte doppelt oder dreimal so viel zur Verfügung, und die CVP ist wahrscheinlich nicht die Partei mit dem meisten Geld. Da wollten wir in einem ersten Schritt einmal hinschauen, wie das Geld fliesst.

Ich stelle mir vor, dass Sie als Juso in Oberarth ein wenig ein Exot sind. Und dann gewinnt so ein Exot plötzlich eine Abstimmung.

Exot ist wohl schon treffend. Aber ich habe mich ja nicht vom Dorf abgekoppelt. Viele Menschen sind eigentlich sehr offen, auch

für Argumente, auch für Leute, die abweichen von der Norm. Man muss einfach den Mut haben, sie anzusprechen und mit ihnen zu diskutieren.

Wie haben Sie die Abstimmungskampagne geführt?

Im Kanton Schwyz gibt es keinen Ort, wo du effizient Abstimmungskampf auf der Strasse machen kannst, denn es gibt keine richtigen Zentren. Die Kampagne war deshalb vorab persönlich: Wir haben Postkarten und Whatsapp-Nachrichten verschickt. Im Ausgang haben wir in Bars eigene Bierdeckel verteilt.

Welche Argumente haben überzeugt?

Dass Geld keinen Einfluss auf die Demokratie haben soll. Jede Person soll eine gleich starke Stimme haben. Transparenz ist ein Schritt in diese Richtung: Die Menschen müssen erst mal wissen, wie Geld die Meinungen beeinflusst.

Wie viel hat die Kampagne gekostet?

Insgesamt etwa 14 000 Franken.

Die SP Schweiz hat zusammen mit anderen Parteien und Organisationen eine ähnliche, eidgenössische Initiative* eingereicht. Ihr Tipp für die nationale Abstimmung?

62 Prozent Ja. National stimmen sicher mehr Menschen zu als im konservativen Kanton Schwyz. Und die Gegenseite weiss überhaupt nicht, was sie sagen soll – es gibt schlicht keine guten Argumente dagegen. Was sollen sie denn auf ein Plakat schreiben?

Armin Köhli ist freier Journalist mit den Fachgebieten internationale Politik und humanitäres Völkerrecht. Er interessiert sich für aufmüpfige Menschen.

*Die nationale Transparenzinitiative wurde im November 2017 von verschiedenen Parteien (SP, Grüne, BDP, EVP) und Organisationen eingereicht. Sie fordert, dass Parteien sowie Wahl- und Abstimmungskomitees ihre Finanzen transparent machen und die Herkunft aller Grossspenden über 10 000 Franken offenlegen. Damit soll eine wichtige Lücke geschlossen werden; denn die Schweiz ist europaweit das einzige Land, das keinerlei nationale Transparenzregelungen bei Parteienfinanzen kennt.